

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



**Gründung des
Verbandes der
Teilnehmergemeinschaften
Rheinland - Pfalz (VTG)
am 2.9.1996**

15. Jahrgang

1996

12. Sonderheft

Inhaltsverzeichnis

	Seite
R. Brüderle: Verband der Teilnehmergeinschaften - Partner der ländlichen Entwicklung -	4
M. Buchta: "Gründungsverfahren und Perspektiven des Verbandes der Teilnehmergeinschaften"	10
H. Sperlich: Gründungsversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland - Pfalz (VTG) am 2. September 1996 in Bad Kreuznach	18
Hauptsatzung	24
Liste der VTG - Gründungsmitglieder	31
Chronologie des Gründungsverfahrens	41
Impressum	48

Verband der Teilnehmergeinschaften - Partner der ländlichen Entwicklung -*)

Staatsminister Rainer Brüderle, Mainz



Abb. 1: Stellvertretender Ministerpräsident und Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Wein-
bau Rainer Brüderle

Meine Damen und Herren,

auf der Tagesordnung des heutigen Abends steht die Gründung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz.

Eine Reihe anderer Bundesländer ist uns auf diesem Weg in den letzten Jahren vorausgegangen und hat dabei gute Erfahrungen gemacht. Die jüngste zurückliegende Verbandsgründung hat vor zwei Jahren Baden - Württemberg vorgenommen.

Sie als Vorsitzende der Teilnehmergeinschaften sind durch die Leiter der Kulturämter vor einigen Wochen erstmals von der Absicht unterrichtet worden, auch in Rheinland-Pfalz einen Verband auf Landesebene zu gründen. Diese Information hat Fragen ausgelöst.

Sie erwarten daher sicherlich zu Recht von mir, daß ich Ihnen heute abend auch von meiner Seite die Gründe darlege, die uns zu dem Entschluß geführt haben, einen Verband der Teilnehmergeinschaften ins Leben zu rufen. Dieser Entschluß ist keineswegs isoliert von der Weiterentwicklung der Bodenordnung im Ländlichen Raum und der Landeskulturverwaltung getroffen worden. Die Gründung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften ist vielmehr Teil, oder anders formuliert, ein Baustein der Gesamtreform der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz.

Den ersten Schritt zu dieser Reform bildete die Ausarbeitung von Programmleitlinien für die Ländliche Bodenordnung, mit denen die künftigen Aufgaben der Landeskulturverwaltung bestimmt und festgelegt wurden.

Ein Schwerpunkt der Ländlichen Bodenordnung in Rheinland-Pfalz wird die Verbesserung der Flurverfassung bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen und weinbaulichen Betriebe unseres Landes in der Konkurrenz mit anderen Agrarregionen im Bundesgebiet und in der Europäischen Union zu stärken.

*) Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Rainer Brüderle, zur Gründungsversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften (VTG) am 2. September 1996 um 18.00 Uhr im Kurhaus in Bad Kreuznach

Die Ländliche Bodenordnung soll darüber hinaus überall dort, wo es darum geht, durch Flächen-erwerb und Flächentausch Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im Ländlichen Raum zu unterstützen, das hierfür erforderliche Flächenmanagement übernehmen. Besonders hervorheben möchte ich dabei die Mitwirkung an der Biotopvernetzung als Aufgabe des Naturschutzes und der Landschaftspflege, an der Bachauenrenaturierung im Rahmen der "Aktion Blau" des Umweltministeriums sowie die Ausweisung und Bereitstellung von Flächen für Infrastrukturvorhaben der Gemeinden und des Straßen- und Eisenbahnbaus.

Zum Aufgabenkatalog der Ländlichen Bodenordnung wird auch künftig die Dorfflurbereinigung gehören, die häufig erst die Voraussetzung dafür bildet, daß umfassende Lösungen der Dorferneuerung möglich werden.

Ein Ziel der Programmleitlinien, auf das es mir besonders ankommt, ist es, für die Bodenordnung regionale Förderschwerpunkte zu bilden, die mehrere wirtschaftsräumlich bzw. naturräumlich zusammengehörende Gemeinden umschließen.

Der Grund: Regionale Entwicklungspläne, wie vor allem die Flächennutzungspläne, Gewässerpflegepläne usw. machen nicht an den Grenzen einer Gemeinde halt. Der ganzheitliche Entwicklungsansatz im Rahmen von Bodenordnungsmaßnahmen, die Finanzhilfen für die vielfältigen Fördermaßnahmen der Landentwicklung von der Agrarstrukturverbesserung über das "FUL-Programm", die Dorferneuerung bis hin zur Wirtschafts- und Tourismusförderung zu bündeln, ist sinnvoll nur für den Bereich von Gemeindegruppen zu verwirklichen.

Ich möchte an dieser Stelle mit Nachdruck betonen, daß es zur Politik meines Ressorts gehören wird, die Dorferneuerung, wo immer nur möglich, in den Verbund der Fördermaßnahmen zur Landentwicklung einzubeziehen. Dorferneuerung, die als isolierte Maßnahme betrieben wird, kann immer nur begrenzte Teilziele der Landentwicklung erreichen.

Die Programmleitlinien für die Ländliche Bodenordnung sind im März 1995 vom Landeskabinett beschlossen worden. Damit ist der Landeskulturverwaltung ein klarer politischer Auftrag für ihre künftigen Aufgaben im Ländlichen Raum erteilt worden. Mit diesem politischen Auftrag hat sie auch die Finanzhilfen erhalten, die zur Durchführung der vielschichtigen Aufgaben der Bodenordnung in den kommenden Jahren benötigt werden. Das Finanzvolumen für die Ländliche Bodenordnung wird sich in der mittelfristigen Finanzplanung in dem Bereich von 25 bis 30 Mio. DM bewegen.

Meine Damen und Herren,

nach der Verabschiedung der Programmleitlinien durch das Landeskabinett wurde in einem zweiten Reformschritt die Aufgabe angepackt, die Leistungsfähigkeit der Landeskulturverwaltung zu stärken und zu verbessern. Alle diejenigen unter Ihnen, die bereits seit vielen Jahren mit Bodenordnungsmaßnahmen befaßt sind, wissen recht gut, daß die Laufzeiten der Bodenordnungsverfahren immer länger geworden sind. Auf Zahlen kann ich daher hier verzichten.

Die Verlängerung der Laufzeiten belastet die Teilnehmer, vor allem die Landwirte, die darauf warten, größere, rationell zu bewirtschaftende Grundstücke zugewiesen zu bekommen. Mit der Verlängerung der Laufzeiten sind aber auch im progressiven Maß die Verfahrenskosten je Hektar neu geordneter Flächen gestiegen. In nicht wenigen Fällen haben sie in den letzten Jahren ein Ausmaß erreicht, das für das Land als Geldgeber wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist. Das Kabinett hat daher gleichzeitig mit der Verabschiedung der Programmleitlinien beschlossen, ein Reformkonzept für die Reorganisation der Verfahrensabläufe in der Bodenordnung auszuarbeiten.

Nur neun Monate nach dem Kabinettsbeschuß war auch dieser Reformauftrag erfüllt. Die wichtigsten Programmpunkte der Reorganisation der Verfahrensabläufe in der Bodenordnung möchte ich in wenigen Stichworten skizzieren:

- ☐ Zeitersparnis durch Zusammenfassung von Terminen,
- ☐ radikale Vereinfachung der Registerarbeiten durch moderne Informationstechnik,
- ☐ Ersatz manuell angefertigter Karten durch Digitalisierung,
- ☐ Auflockerung des Abmarkungszwangs und schließlich
- ☐ grundlegende Neuordnung der Organisation der Kulturämter, die in die Bildung von Produktionsgruppen mündet, die vom Anfang bis zum Ende eines Verfahrens die Gesamtverantwortung für alle Verfahrensschritte übernehmen.

Meine Damen und Herren,

die Verschlinkung des Staates, durch Entstaatlichung von Aufgaben, ist heute ein zwingendes Gebot für jede Verwaltungsreform geworden. Dieses Gebot hat auch die Landeskulturverwaltung bei ihrer Reform zu beachten.

Die Zwangspunkte für die Herausnahme bestimmter Aufgaben aus der Zuständigkeit der Kulturämter waren - und das möchte ich nachdrücklich unterstreichen - eindeutig durch das Flurbereinigungsgesetz selbst vorgegeben.

Das Flurbereinigungsgesetz weist den Teilnehmergemeinschaften die Schaffung der gemeinschaftlichen Anlagen und die Verwaltung des Kassenwesens als eigenständige und eigenverantwortliche Aufgabe zu. Die einzelne Teilnehmergemeinschaft hat aber weder die personellen noch die organisatorischen Möglichkeiten, diese umfassenden Aufgaben wahrzunehmen. Deshalb sind in Rheinland-Pfalz, wie in der Vergangenheit auch in anderen Bundesländern, die nach dem Flurbereinigungsgesetz den Teilnehmergemeinschaften zugewiesenen Aufgaben zu einem großen Teil von den Kulturämtern übernommen worden.

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahrzehnten, und zuletzt 1989, die Landesregierung wiederholt angemahnt, die Kulturämter von den Aufgaben für die Teilnehmergemeinschaften zu entlasten und diese einem Verband der Teilnehmergemeinschaften zu übertragen.

Meine Damen und Herren,

es ist kein Geheimnis, daß auch Verwaltungen davor zurückscheuen, einmal eingeübte und durchaus gut funktionierende Verfahren aufzugeben.

Im Zuge der jetzigen Verwaltungsreform, führt jedoch dem Gebot der Entstaatlichung von Aufgaben folgend, kein Weg mehr daran vorbei, auch in Rheinland-Pfalz mit der im Flurbereinigungsgesetz vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen der staatlichen Verwaltung und den Teilnehmergemeinschaften ernst zu machen. Und dafür brauchen wir den Verband der Teilnehmergemeinschaften.

Gleichzeitig hatten wir auch die Frage der Zukunft der Wasser- und Bodenverbände bei den Kulturämtern zu klären.

Mit der künftigen Entwicklung der bestehenden Wasser- und Bodenverbände mußte sich die Verwaltung aber auch völlig unabhängig von den Überlegungen zur Gründung eines Verbandes der Teilnehmergemeinschaften befassen. Der Rückgang der Ausbaumaßnahmen in der Bodenordnung hat die Einsatzmöglichkeiten und den Arbeitsumfang für die Wasser- und Bodenverbände schrumpfen lassen. Dieser Prozeß wird sich, wenn auch mit

regionalen Unterschieden, fortsetzen. Deshalb kommen wir an der Erkenntnis nicht vorbei, daß die Entwicklung des Auftragsvolumens die selbständige Erhaltung aller Wasser- und Bodenverbände in den kommenden Jahren nicht mehr zulassen wird.

Daher mußte es von vornherein das Ziel sein, im Interesse aller Beteiligten, die Wasser- und Bodenverbände in den neuzugründenden Verband der Teilnehmergemeinschaften zu integrieren.

Meine Damen und Herren,

ich habe vorhin die Scheu angesprochen, die es auch bei Behörden gibt, einmal eingeübte Verfahren aufzugeben.

Wenn ich schon dafür Verständnis äußere, dann verstehe ich erst recht, daß Sie nicht gerade begeistert waren, als Ihnen von den Kulturämtern unsere Planungen zur Gründung eines Verbandes der Teilnehmergemeinschaften vorgetragen wurden. Ich danke Ihnen um so mehr, daß Sie sich in den Besprechungen mit den Kulturämtern dennoch bereit erklärt haben, an der Gründung dieses Verbandes aktiv mitzuwirken und heute in so großer Zahl zur Gründungsversammlung hier nach Bad Kreuznach gekommen sind.

In den Dank für Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an der Gründung und an dem Aufbau des Verbandes möchte ich die Anerkennung einschließen für Ihre bisherige erfolgreiche ehrenamtliche Tätigkeit bei der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen. Ich weiß, daß Sie für diese Aufgabe zahlreiche Stunden Ihrer Freizeit im Dienst für Ihre Mitbürger opfern. Im Augenblick wird Ihre Aufmerksamkeit sicherlich sehr stark durch die zunächst zu erwartenden Umstellungen in Anspruch genommen. Wir sollten jedoch unseren Blick über den Tag hinaus richten.

Die Bildung des Verbandes führt, wenn einmal die Aufbauphase abgeschlossen ist, auf einen Weg, der den Teilnehmergemeinschaften in Zukunft mehr Eigenständigkeit, mehr Selbstbestimmung und mehr Selbstverantwortung verspricht. Die einzelne Teilnehmergemeinschaft ist in ihrem Wirken bisher auf einen sehr engen lokalen Bereich begrenzt. Über diesen Bereich hinaus kann sie für die Bodenordnung im Ländlichen Raum kaum Wirkung entfalten. Sicherlich hängt es damit zusammen, daß in Rheinland-Pfalz die Bodenordnung immer wieder örtlich Anerkennung und Unterstützung findet. Aber es gibt überregional in Politik und Gesellschaft nur wenig werbende Stimmen für die Arbeit der Ländlichen Bodenordnung.

Ich setze darauf, daß ein landesweit agierender Verband der Teilnehmergeinschaften mit rund 300 Mitgliedern und 160.000 Verfahrensbeteiligten sehr schnell zum Sprachrohr für die Belange der Bodenordnung werden wird. Die große Anerkennung, die die Ländliche Bodenordnung in der Politik und in der Bevölkerung Bayerns findet, ist sicherlich entscheidend geprägt von der guten Arbeit des dortigen Verbandes der Teilnehmergeinschaften.

Meine Damen und Herren,

die Einzelheiten der Verbandsgründung und die Entwicklungsperspektiven werden Ihnen anschließend von Herrn Buchta erläutert, der gemeinsam mit Herrn Sperlich in den vergangenen Wochen die Aufgabe übernommen hat, die Vorarbeiten zur Bildung des Verbandes zu leisten. Ich beschränke mich daher auf einige Aspekte, die mir aus politischer Sicht besonders wichtig sind.

Zu allerst möchte ich der Befürchtung entgegentreten, daß die einzelnen Teilnehmergeinschaften mit der Verbandsgründung Kompetenzen abgeben müßten.

Dem ist nicht so! Der Verband hat vielmehr ausschließlich Servicefunktion für seine Mitglieder. Er soll sie, meine Damen und Herren, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen.

Die Entscheidungen bleiben bei den Teilnehmergeinschaften vor Ort! Dies gilt vor allem bei den so wichtigen Fragen der Planung, der Finanzierung, der Hebungen und den Ausschreibungen.

Ich habe bereits erwähnt, daß

☐ die Schaffung der gemeinschaftlichen Anlagen sowie

☐ die Kassen- und Buchführung

den Teilnehmergeinschaften im Flurbereinigungsgesetz als eigenverantwortliche Aufgaben zugewiesen sind.

Dies sind -grob skizziert- die beiden Bereiche, die künftig nicht mehr vom Kulturstamt und den 7 Wasser- und Bodenverbänden, sondern vom Verband der Teilnehmergeinschaften übernommen werden sollen.

Mir ist bekannt, daß einige von Ihnen besorgt sind, daß mit der Verbandsgründung und der damit einhergehenden Übernahme dieser Aufgaben ein Verlust an Regionalität und Ortsnähe einhergehen könnte.

Gerade über diesen Punkt haben wir - gemeinsam mit den Vorständen der Wasser- und Bodenverbände und mit den Kulturstämmern - lange und sorgfältig nachgedacht.

Es gab eine Reihe guter Gründe, die für eine zentrale Organisation sprachen und es gab eine Reihe guter Gründe, die für eine dezentrale oder regionale Organisation sprachen.

Wir haben uns nach teils kontroversen, aber immer von der Sache getragenen Diskussionen und nach Abwägung verschiedener Modelle letztlich sehr deutlich für eine Mischlösung entschieden:

Der Verband wird ein Landesverband - allerdings mit regionalen Strukturen.

Nur so kann er die Kosten gering halten, die Bürger-nähe wahren und die gewünschte Durchsetzungskraft - nicht zuletzt auch im politischen Raum - erhalten.

Auch hierauf wird Herr Buchta noch ausführlich eingehen, ich möchte aber zur regionalen Vertretung eines besonders hervorheben:

In zahlreichen Teilnehmergeinschaften und von Kulturstamtsleitern ist der Wunsch geäußert worden, daß jeder Kulturstamtsbezirk im Vorstand des neuen Verbandes vertreten sein sollte. Dies war ein guter Gedanke und ich glaube, so können wir gewährleisten, daß alle Regionen unseres Landes im neuen Verband gebührend berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren,

an dieser Stelle möchte ich auch auf die Frage des Verbandssitzes eingehen.

Die Standortfrage hat schon gebietsweise Diskussionen ausgelöst und zu Briefen an das Ministerium geführt.

Wir wollen auch hier den demokratischen und verbandsfreundlichsten Weg gehen: Der Verband, d. h. Sie meine Damen und Herren, sollen selbst entscheiden, wo nach der Aufbauphase der Verband seinen zentralen Sitz haben soll.

Die in der Aufbauphase für das Aufbauteam notwendigen Räume haben wir befristet bis zum 31. 12. 1998 in einem Konversionsprojekt in Neustadt angemietet.

Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die Vorarbeiten soweit vorangetrieben sein, daß der Verband seine Aufgaben vollständig wahrnehmen kann.

Rechtzeitig vor der Beendigung der Aufbauphase wäre dann von Ihnen die Entscheidung über den künftigen Sitz des Verbandes zu treffen. Aus rechtlichen Gründen konnten wir nicht anders, als zum jetzigen Zeitpunkt in der Hauptsatzung bereits den vorläufigen Sitz des Verbandes während der Aufbauphase zu nennen. Denn einen Verband ohne Sitz gibt es juristisch nicht.

Die Vorschaltung der Aufbauphase ist die grundlegende Voraussetzung dafür, daß der Verband in absehbarer Zeit auch wirklich arbeitsfähig wird.

Befürchtungen, wie sie in den letzten Tagen geäußert wurden, der vorläufige Sitz für die Aufbauphase werde zwangsläufig später zum endgültigen Sitz werden, sind unbegründet.

Damit von vornherein keine Mißverständnisse aufkommen, möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß nach der Entstehung des Verbandes in den nächsten Stunden Sie es sind, die in uneingeschränkter demokratischer Freiheit darüber entscheiden, ob Sie den von uns vorgesehenen Weg billigen. Ob es heute, - zu einem Zeitpunkt -, zu dem Sie sich zum ersten Mal begegnen, bereits möglich ist, eine sorgfältig abgewogene Standortentscheidung zu treffen, muß von Ihnen geprüft werden.

Standortfragen sind immer höchst sensible Fragen, deren Entscheidung in aller Regel einen längeren Klärungsprozeß voraussetzt. Ich betone aber nochmals: Sie allein sind es, die diesen Klärungsprozeß vornehmen müssen und Sie sind es, die dann nach sorgfältiger Abwägung die Entscheidung treffen werden.

Meine Damen und Herren,

viele von Ihnen haben sicherlich schon im eigenen Betrieb die Erfahrung gemacht, daß ein Neuanfang auch immer mit einer besonderen Kraftanstrengung einhergeht. Gelingen kann er nur, wenn alle Kräfte gebündelt und in dieselbe Richtung gelenkt werden.

Angesichts der herausragenden strukturpolitischen Bedeutung des neuen Verbandes bin ich überzeugt davon, daß auch das Land seinen Beitrag zur Verbandsgründung leisten muß. Das soll nach meiner Auffassung in Form von Anschubfinanzierungen geschehen.

Hervorheben will ich, daß ich die Erstausrüstung seiner Geschäftsräume und der Aufbau einer leistungsstarken Hard- und Software für den Verband aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe mit bis zu 1 Million DM bezuschussen werde.

Hinzu kommt, daß alle Kosten des Verbandes Ausführungskosten im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes sind. Landesweit bedeutet dies immerhin, daß sich die öffentliche Hand zu 80 % an der Umlage zur Deckung der Verbandskosten beteiligt.

Die Förderungs- und Zuschußfähigkeit aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" wird damit zu einem wichtigen und vom Gesetzgeber gewollten finanziellen Fundament.

Die Personalausstattung des Verbandes soll so ausgelegt werden, daß die künftige Umlage zur Deckung seiner Kosten bei landesweit etwa 2,5 Millionen DM pro Jahr liegen wird.

Damit wird die Belastung der Teilnehmergemeinschaften -wenn man das bisher gezahlte Leistungsentgelt und die Kassenverwalterentschädigung zusammennimmt - im Landesdurchschnitt unverändert bleiben.

Ich weiß, daß sich mancher einer von Ihnen die Frage stellt, ob diese Umlage von etwa 8 % der Ausführungskosten auf Dauer in etwa gleich bleiben wird.

Auch ich kann Ihnen das heute nicht beantworten, aber bitte bedenken Sie folgendes:

Selbst wenn diese Leistungen weiterhin von der Landeskulturverwaltung erbracht würden, könnte Ihnen doch niemand garantieren, daß nicht nach der nächsten Prüfung durch den Landesrechnungshof ein höheres Leistungsentgelt verlangt würde.

Auf die Erhebung einer Grundstockeinlage wie in anderen Ländern haben wir - lassen Sie mich das zur Finanzierung abschließend feststellen - bewußt verzichtet.

Meine Damen und Herren,

der Verband steht auch vor der schwierigen Aufgabe, die bestehenden 7 Wasser- und Bodenverbände zur Förderung der Landeskultur zu integrieren.

Hierzu wurde gemeinsam mit den Wasser- und Bodenverbänden ein Übernahmevertrag erarbeitet, der in allen Vorständen bereits akzeptiert wurde.

Der VTG übernimmt nach diesem Vertrag alle Rechte und Pflichten der Wasser- und Bodenverbände, insbesondere den Maschinenpark, und die Rücklagen, aber auch die Verpflichtungen für das gesamte Personal.

Ich bin guter Hoffnung, daß die für die Zustimmung zum Übernahmevertrag noch erforderlichen Mitgliederversammlungen der Wasser- und Bodenverbände - dort werden die meisten von Ihnen ja wieder vertreten sein - sachlich und konstruktiv verlaufen werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den hier anwesenden Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der Wasser- und Bodenverbände für ihre bisherige Arbeit und das Engagement zugunsten der Ländlichen Bodenordnung sehr herzlich danken. Auch in der für Sie sicher nicht leichten und noch andauernden Übernahmephase waren Sie - wie mir versichert wurde - stets um einvernehmliche Lösungen bemüht.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Ihnen, Herr Kneib, weil Sie als Vorsitzender des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände nach einer sachlich geführten Diskussion die Gründung des neuen Verbandes gutgeheißen und mitgetragen haben.

Meine Damen und Herren,

jedes Gebäude braucht einen Schlußstein. Die Schaffung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften bildet den Schlußstein der Reform der Landeskulturverwaltung. Nicht zuletzt Ihre Unterstützung ist es, die wir brauchen, um das Reformwerk für die Ländliche Bodenordnung zu einem Erfolg werden zu lassen, der letztlich Ihnen wieder zugute kommen wird.

Nutzen wir gemeinsam die Chancen, die sich mit dem Verband der Teilnehmergeinschaften bieten!

Mit diesem Appell will ich schließen und Ihnen, meine Damen und Herren, als künftige Mitglieder des neuen Verbandes eine glückliche Hand bei Ihren Entscheidungen wünschen.



Abb. 2: Beifall für die Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

“Gründungsverfahren und Perspektiven des Verbandes der Teilnehmergeinschaften”

Leitender Ministerialrat Manfred Buchta, Mainz

Herr Minister,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach der Gründungsansprache von Herrn Minister Brüderle möchte ich Sie über die Einzelheiten des Gründungsverfahrens und über die Entwicklungsperspektiven des Verbandes der Teilnehmergeinschaften informieren.

Gemeinsam mit Herrn Sperlich, der zu diesem Zweck an das Ministerium abgeordnet wurde, habe ich in den vergangenen Monaten mit allen 7 Wasser- und Bodenverbänden Verhandlungen vor Ort geführt.

Ferner sind Abstimmungsgespräche

- ☐ mit dem Landesverband der Wasser- und Bodenverbände,
- ☐ mit dem Rechnungshof,
- ☐ mit den Kulturämtern,
- ☐ mit den Bezirksregierungen,
- ☐ mit dem Finanzministerium,
- ☐ und schließlich mit den 3 Zusatzversorgungsverbänden

notwendig gewesen, um die Übernahmevereinbarung und die Hauptsatzung als Entwurf erarbeiten zu können.

Die Ergebnisse dieser Vorbereitungsphase werde ich Ihnen jetzt vorstellen.

Ich werde Ihnen dabei auch einen Überblick über die erwartete Bilanzsituation und die absehbare Entwicklung des neuen Verbandes geben, damit Sie, meine Damen und Herren, auf einer soliden Informationsbasis über die Gründung des Verbandes entscheiden können.

Mein Bericht ist in weiten Teilen ein Rechenschaftsbericht, da wir übergangsweise auch Ihre Interessen als künftige Verbandsmitglieder wahrnehmen mußten.



Abb. 3: Leitender Ministerialrat Manfred Buchta, Gruppenleiter der Gruppe Landentwicklung und Landeskultur

Ich beginne mit einem Blick auf die besondere Verbandssituation in Rheinland-Pfalz.

Anders als in den übrigen Bundesländern bestehen in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren Wasser- und Bodenverbände zur Förderung der Landeskultur, die sehr erfolgreich für die Teilnehmergeinschaften tätig gewesen sind.

Die Gründung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften kann deshalb nicht wie in Baden-Württemberg oder Thüringen als Erstgeburt erfolgen, sondern sie muß auch die Belange der Wasser- und Bodenverbände berücksichtigen.

Uns kam es in den Verhandlungen mit den Verbandsvorständen immer darauf an, eine für alle Seiten akzeptable und einvernehmliche Lösung zu finden.

Der Übergang sollte integrativ sein und für die Wasser- und Bodenverbände nicht in der gesellschaftsrechtlichen Liquidation enden.

Der Übergang muß aber auch für den VTG als neuen Verband tragbar sein.

Nur auf einem sicheren finanziellen Fundament kann der neue Verband die zu übernehmenden Verpflichtungen erfüllen.

Die im Entwurf vorliegende Übernahmevereinbarung trägt diesen Erfordernissen Rechnung.

Ganz bewußt haben wir für den Übergang die Vertragsform gewählt.

Zwei gleichberechtigte Vertragspartner schließen miteinander eine Übernahmevereinbarung ab und regeln alle sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten.

Die Eckpositionen dieses Vertragswerks sind folgende:

Die 7 Wasser- und Bodenverbände zur Förderung der Landeskultur werden in den Verband der Teilnehmergeinschaften überführt.

Der VTG übernimmt das gesamte Anlage- und Grundvermögen, die beweglichen Sachmittel und die Finanzmittel einschließlich der Rücklagen mit einem Gesamtwert von 8,6 Mill. DM.

Der VTG tritt in alle bestehenden Arbeitsverhältnisse ein und beschäftigt die 149 Arbeiter und Angestellten der Wasser- und Bodenverbände und die Meßgehilfen der Teilnehmergeinschaften in bisherigem Umfang und auf dem bisherigen Lohn- bzw. Gehaltsniveau weiter.

Fusionsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Den Arbeitern und Angestellten werden auch ihre bisherigen Optionen und Ansprüche bei den Zusatzversorgungskassen garantiert.

Der VTG übernimmt ab 1.1.1997 als Dienstleistungszentrum für die Teilnehmergeinschaften in Rheinland-Pfalz den Betrieb der bisherigen Wasser- und Bodenverbände.

Dies ist quasi die Eröffnungsbilanz des neuen Verbandes. Sie ist zu ergänzen um die Teilnehmergeinschaft Albig.

Diese Teilnehmergeinschaft hat bisher im Bezirk des Kulturamtes Worms, weil dort ein Wasser- und Bodenverband nicht besteht, bestimmte verfahrensübergreifende Aufgaben wahrgenommen und soll ebenfalls in den neuen Verband integriert werden.

Sie bringt Rücklagen von 250.000.- DM ein, gleichzeitig sind 10 Mitarbeiter zu übernehmen.

Die Übernahmevereinbarung besteht also - vereinfacht ausgedrückt - in der Übernahme und Zusammenführung der Vermögenswerte und der arbeitsvertraglichen Verpflichtungen aller 7 Wasser- und Bodenverbände und der TG Albig.

Über bilanztechnische Überlegungen hinaus sichert die Vereinbarung den gerechten Ausgleich der Interessen zwischen den insgesamt 8 Übergebern und der Übernehmerin.

Für die heutige Gründungsversammlung ist wichtig, daß alle Rücklagen übertragen werden und keine Beträge zurückbehalten worden sind.

Ich verhehle nicht, daß hierüber mit den Vorständen der Wasser- und Bodenverbände gerungen werden mußte.

Es bestand das verständliche und nachvollziehbare Interesse, die Rücklagen durch eine entsprechende Sperrklausel dem jeweiligen Gebiet und Personal vorzubehalten.

Da der neue Verband aber auch Verpflichtungen, z.B. aus den Arbeitsverträgen, übernimmt, mußten wir darauf bestehen, daß alle Rücklagen ohne Sperrklausel übertragen werden.

Im übrigen muß die neue Mitgliederversammlung gemeinsam und mit Mehrheit über eventuelle Inanspruchnahmen aus den Rücklagen entscheiden.

Dabei ist durch das Flurbereinigungsgesetz und die Hauptsatzung vorgegeben, daß die Rücklagen - genauso wie bei den Wasser- und Bodenverbänden - nur für Verbandszwecke, z.B. für Investitionen oder für Arbeitnehmerabfindungen, eingesetzt werden dürfen.

Befürchtungen, die von den Wasser- und Bodenverbänden erwirtschafteten Rücklagen könnten nach dem Übergang für verbandsfremde Zwecke ausgegeben werden, sind also unbegründet.

Um dem neuen Verband Dispositionsmöglichkeiten zu erhalten, haben wir größten Wert darauf gelegt, daß aus den Rücklagen während der Übergangsphase keine größeren Investitionen finanziert wurden.

Abgesehen von einer einzigen Ausnahme, bei der es um eine kleinere, aber zwingend notwendige Ersatzbeschaffung ging, haben wir entsprechende Anfragen immer abgelehnt.

Damit möchte ich meine Ausführungen zum Übernahmevertrag beenden und komme jetzt zum Entwurf der Hauptsatzung.

Hierzu gleich am Anfang eine Feststellung.

Die Gründung des VTG wird an den bisherigen Kompetenzen der TG-Vorsitzenden und der Teilnehmer-Vorstände nichts ändern.

Ihre bisherigen Befugnisse und Einwirkungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren, werden nicht eingeschränkt.

Sie beschließen also auch in Zukunft über Planungen, Hebungen und Ausbau und behalten damit den Einfluß auf die Bodenordnung, den Sie auch bisher in der Zusammenarbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden hatten.

Ihre Mitwirkungsbefugnis bei der Bezahlung der Rechnungen wird auch künftig, wenn es keinen Kassenverwalter vor Ort gibt, sichergestellt, und zwar so, daß Sie vor der Bezahlung der Rechnungen Einfluß nehmen können.

Der VTG ist als Dienstleistungszentrum ein rein ausführendes Organ, das Sie als Vorsitzende unterstützen, aber nicht ersetzen soll.

Und einen zweiten Punkt möchte ich besonders herausstellen.

Dabei geht es um die immer wieder geäußerte Befürchtung, mit der Gründung eines landesweit organisierten Verbandes gehe die Orts- und Bürger-nähe völlig verloren.

Wir haben diese Befürchtungen ernst genommen und die Struktur des VTG so vorgesehen, daß alle Aufgaben, die dezentral, d. h. ortsnah wahrgenommen werden können, auch dezentral erledigt werden. Dies gilt uneingeschränkt für das gesamte Bauwesen.

Hier soll am Standort jedes Kulturamtes ein Bauingenieur des VTG als Ansprechperson vor Ort eingesetzt werden.

Für Sie, meine Damen und Herren, bedeutet dies keine längeren Wege oder Fahrzeiten, weil Sie am bisherigen WABO-Standort auch den neuen Verband erreichen können.

Bezirksbezogen übernimmt einer dieser VTG-Bauingenieure gleichzeitig die Koordinierung der Bauaufgaben und des Maschinen- und Personaleinsatzes im Regierungsbezirk.

Ein Gartenbautechniker und ein Bautechniker werden zusätzlich pro Bezirk mit flexiblem Standort eingesetzt. Die Schachtmeister und Arbeiter sind ohnehin projektbezogen tätig und sind für Sie direkte Ansprechpartner im laufenden Verfahren.

Im Ergebnis bleiben damit alle zu übernehmenden 159 ehemaligen WABO- bzw. TG-Bediensteten und weitere 15 Mitarbeiter des VTG ortsnahe und dezentral im Einsatz.

Lediglich 9 Mitarbeiter und der Geschäftsführer haben ihren Standort an einer zentralen Stelle.

Aber selbst für diese wenigen Bediensteten der Zentrale soll geprüft werden, ob sie mit Hilfe von Tele-Arbeitsplätzen regionalisiert eingesetzt werden können.

Im Prinzip muß aber das Kassen- und Rechnungswesen zentral organisiert werden.

Nur so ist der erhoffte Effizienzgewinn, der aus der zentralen kaufmännischen Buchführung, aus dem Verbundkonto und aus der landesweiten Bewirtschaftung der Haushaltsmittel unter Einsatz moderner Datentechnik resultiert, auch tatsächlich zu erzielen.

Meine Damen und Herren,

ich darf zusammenfassend zu den Aufgaben und zur Organisation des VTG feststellen, daß das Bauwesen dezentral und das Kassen- und Rechnungswesen zentral organisiert werden sollen.

Weniger als 5 % des Gesamtpersonals sind bei der Zentrale beschäftigt und für Sie über das Telefon oder das Fax-Gerät erreichbar.

Ihre Ansprechpartner vor Ort bleiben die im Verfahren eingesetzten Schachtmeister und Arbeiter sowie der VTG-Ingenieur am Sitz des Kulturamtes. Damit ist meiner Ansicht nach eine Organisationsform gefunden worden, die Ortsnähe garantiert, wo sie notwendig ist und zentralisierte Strukturen nur da schafft, wo sie aus Effizienzgründen zwingend sind.

Im übrigen sind heute Entfernungen durch die Errungenschaften moderner Datentechnik und Datenfernübertragung leicht zu überwinden.

Ich bin deshalb sicher, daß auch der neue Verband die bisherige Betreuungsqualität auf hohem Niveau aufrecht erhalten kann.

Meine Damen und Herren,

ich möchte nun überleiten zur Hauptsatzung und Ihnen die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs und solche Punkte erläutern, die von Ihnen in den Gesprächen mit den Kulturämtern nachgefragt wurden.

Gleich zu Anfang möchte ich das "heißeste Eisen" anpacken, nämlich die Frage, warum wir im Entwurf der Hauptsatzung vorgeschlagen haben, den Zentralstandort nur vorläufig und befristet bis 31.12.1998 festzulegen.

Schon in der Verhandlungsrunde mit allen Wasser- und Bodenverbänden wurde uns sehr schnell klar, daß Standortfragen - damals wurden auch noch Bezirksstandorte diskutiert - von allen Beteiligten sehr hoch eingeschätzt wurden.

Ich verletze sicher keine Diskretionspflichten, wenn ich Ihnen sage, daß alle 7 Wasser- und Bodenverbände ihren bisherigen Sitz als neuen Standort forderten und entsprechende Beschlüsse ihrer Verbandsversammlungen vorlegten. Es folgten dann weitere Standortwünsche aus dem kommunalpolitischen Raum.

Das erste Angebot kam hier aus der Verbandsgemeinde Saarburg von Herrn Verbandsbürgermeister Schartz, der mit nachvollziehbaren Argumenten den Sitz des Verbandes in einer Gemeinde im schwach strukturierten Ländlichen Raum forderte.

Weitere Angebote und Wünsche aus verschiedenen Landesteilen folgten.

Wir haben uns unter dem Eindruck dieser Flut von Standortwünschen entschlossen, keinen Standort vorzugeben, sondern diese Entscheidung den Verbandsorganen zu überlassen.

Dies war der Stand Anfang Juni dieses Jahres, als die Leiter der Kulturämter den ersten Entwurf der Hauptsatzung mit den TG-Vorsitzenden besprachen.

Die damals erörterte Fassung des Satzungsentwurfs sah keinen Standort vor.

Parallel zu diesen Gesprächen wurde die sogenannte rechtsförmliche Prüfung des Satzungsentwurfs veranlaßt.

Im Zuge dieser Prüfung haben uns die Juristen klar gemacht, daß es aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, einen Verband ohne Sitz und Zentrale zu gründen.

In diesem Spannungsfeld, einerseits nichts vorzugeben, andererseits aber einen Standort aus rechtlichen Gründen festlegen zu müssen, haben wir uns für einen vorläufigen Standort ausgesprochen, der für die Dauer der Aufbauphase befristet sein sollte. Folgende Gründe waren dabei maßgebend:

Im Gegensatz zu anderen Verbänden hat der Verband der Teilnehmergeinschaften keinen festen Mitgliederstamm, sondern wechselnde Mitgliedschaften.

Eine Teilnehmergeinschaft ist nur für die Dauer ihrer Existenz, nämlich von der Anordnung der Flurbereinigung bis zur Schlußfeststellung, Mitglied im Verband.

Regionale Mehrheiten in der Mitgliederversammlung hängen also davon ab, wieviele Verfahren wo eingeleitet werden.

Um es deutlich zu sagen: Es kann durchaus sein, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die Pfalz und fünf Jahre später Rheinhessen oder die Mosel das Sagen in der Mitgliederversammlung des Verbandes haben.

Dies ist vom Gesetzgeber so vorgegeben und nicht zu ändern.

Andererseits muß aber der Aufbau des Verbandes in Kontinuität erfolgen, seine Arbeits- und Funktionsfähigkeit muß absoluten Vorrang haben.

Dies erfordert schon die Installation des sehr komplizierten EDV-Systems mit mehr als 300.000 Teilnehmer-Konten.

Wir waren auch der Meinung, daß zur endgültigen Festlegung des Standortes der Vorstand gewählt sein muß, der diese Entscheidung fundiert vorbereiten sollte.

Schließlich ist ein Standort entscheidend abhängig von der Personalgewinnung.

Für das Aufbauteam sind qualifizierte Informatiker, Bauingenieure und Verwaltungsleute erforderlich.

Da die Landeskulturverwaltung dem neuen Verband Personalhilfe leistet, d. h. Personal der Kulturämter für eine bestimmte Zeit ohne Erstattung der Personalkosten dem Verband zur Verfügung gestellt wird, ist die Standortbestimmung auch davon abhängig, wo sich Bedienstete der Kulturämter freiwillig bereit finden, diese neuen Aufgaben zu übernehmen.

Die wechselnden regionalen Mehrheiten, vor allem in der Beitrittsphase, die Personalthilfe der Landes-kulturverwaltung an den Verband und schließlich die Personalgewinnung auf freiwilliger Basis, führten dazu, den vorläufigen Standort in Neustadt vorzuschlagen.

Meine Damen und Herren,

die heutige Mitgliederversammlung ist souverän und kann selbstverständlich auch einen anderen Standort festlegen.

Ich hielt es aber für meine Pflicht, Sie über unsere Gründe für den Standortvorschlag und über mögliche Folgen einer anderen Entscheidung zu informieren.

Im übrigen sprechen selbstverständlich in dieser Frage auch die Wasser- und Bodenverbände als Übergeber mit.

Es wäre nichts erreicht, wenn Sie heute einen Standort festlegen, der anschließend die Wasser- und Bodenverbände veranlaßt, die Übernahmeverträge durch ihre jeweiligen Mitgliederversammlungen nicht beschließen zu lassen.

Insoweit besteht hier ein Netzwerk von Abhängigkeiten und Zwängen, das nur gemeinsam und in gegenseitiger Abstimmung zu lösen ist.

Da wir die Argumente, Vorstellungen und Wünsche aller Gebiete und der bisherigen Verbände genau kennen und auch wissen, was vom Aufbauteam in den nächsten Monaten zu leisten ist, möchte ich mich klar dafür aussprechen, es bei der vorläufigen Benennung des Standortes Neustadt bis 31.12.1998 zu belassen.

Eine spätere endgültige Standortfestlegung ist bei der überschaubaren Struktur der Zentrale aus technischen und räumlichen Gründen ohne große Mehrkosten möglich.

Abhängig ist ein neuer Standort immer von qualifiziertem Personal.

Um dies ohne Zeitdruck vorbereiten zu können, sollte der endgültige Standort rechtzeitig vor dem 31.12.1998 diskutiert und entschieden werden.

Meine Damen und Herren,

nach diesem wichtigen Punkt der Satzung will ich überleiten zur Rechtsform des Verbandes.

Der VTG ist nach dem Flurbereinigungsgesetz eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Rechtsform ist also im Gesetz vorgegeben und nicht disponibel.

Dagegen bestehen Gestaltungsmöglichkeiten bei organbezogenen Regelungen.

Herr Minister Brüderle hat bereits auf die gebietsbezogene Zusammensetzung des Vorstandes hingewiesen.

Ohne diese Satzungsregelung könnte im künftigen Vorstandsvorstand eine gebietliche Überrepräsentanz dann eintreten, wenn in bestimmten Landesteilen besonders viele Bodenordnungsverfahren eingeleitet werden und durch die daraus resultierende hohe Mitgliederzahl ein gebietliches Übergewicht bei Abstimmungen entsteht.

Ich habe hierauf bereits bei der Standortproblematik hingewiesen.

Wir wollten auch für diesen Fall Ausgewogenheit gewahrt wissen und haben deshalb vorgesehen, daß pro Bezirk eines Kulturamtes ein Vorstandsmitglied zu wählen ist.

Die Gebietskulisse des Kulturamtes als Bezugsgröße bietet sich an, weil auch die Zusammenarbeit des Verbandes mit den Behörden auf dieser Gebietsebene stattfindet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Frage beantworten, warum heute nur die Gründung des Verbandes vorgesehen ist und die Vorstandswahl in einer getrennten Mitgliederversammlung erfolgen soll.

Als Vorstandsmitglieder wählbar sind nach dem Entwurf der Hauptsatzung nicht nur die Vorsitzenden der Teilnehmergemeinschaften, sondern ganz bewußt auch die übrigen Mitglieder der Teilnehmerverbände.

Wir wollten das passive Wahlrecht, d. h. das Recht, in den Vorstand des VTG gewählt zu werden, für möglichst viele Kandidaten zulassen.

Der künftige Vorstandsvorsitzende hat - ohne ehrenamtlichen Kassenverwalter - mehr Aufgaben als bisher.

Insoweit gibt es gute Gründe, keine Mandatshäufung vorzugeben.

Deshalb haben wir das Recht, gewählt zu werden, auch für die übrigen Mitglieder des Teilnehmervorstandes vorgesehen.

Dagegen soll das aktive Wahlrecht auf die Vorstandsvorsitzenden der Teilnehmergemeinschaften beschränkt sein.

Um heute schon einen Vorstand zu wählen, hätten wir den Kreis der passiv Wahlberechtigten, also die gesamten Teilnehmervorstände aller beitrittswilligen Teilnehmergemeinschaften, einladen müssen.

Dies hätte diese Gründungsversammlung und ihre Abstimmungsprozesse mit Sicherheit überfordert.

Im übrigen sollte der Prozeß der Beitritte in den Verband zu einem gewissen Abschluß gekommen sein, um erst hiernach - auf der Grundlage einer gesicherten Mitgliederrepräsentanz - den Vorstand zu wählen.

Deshalb also eine zweite Mitgliederversammlung Ende dieses Jahres, in der dann der Vorstand gewählt werden kann.

In der Zwischenzeit finden Mitgliederversammlungen der 7 Wasser- und Bodenverbände statt, in denen über die Übernahmevereinbarung und die Integration der Wasser- und Bodenverbände in den VTG beschlossen wird.

Im Rahmen dieser Mitgliederversammlungen kann dann auch über die Gebietskandidaten für den Vorstand des VTG beraten werden.

Meine Damen und Herren,

ein weiterer Punkt der Satzung, der mehrfach nachgefragt wurde, ist der Geschäftsführer und seine in der Satzung vorgesehenen Befugnisse.

Es ist die Befürchtung geäußert worden, der Geschäftsführer hätte nach der Satzung eine zu starke Position gegenüber dem Vorstand als Beschlußgremium.

Auch hier möchte ich Ihnen unsere Überlegungen erläutern:

Nach dem Entwurf der Satzung ist der Geschäftsführer kein Satzungsorgan. Er kann an den Sitzungen der Verbandsorgane zwar teilnehmen, hat aber kein Stimmrecht.

Im Gegensatz zur Regelung in anderen Bundesländern besteht zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Geschäftsführer keine Personalunion. Vielmehr vertritt der Vorstandsvorsitzende den Verband nach außen und der Geschäftsführer ist für den inneren Dienstbetrieb verantwortlich.

Der Wirtschaftsplan, die Festsetzung der Umlagen und Beiträge und alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten werden von den Beschlußgremien, also von der Mitgliederversammlung bzw. dem Vorstand, festgelegt.

Damit sind die Befugnisse der Geschäftsführung klar abgegrenzt und beschränken sich auf die Ausführung gefaßter Beschlüsse.

Der in der Satzung vorgesehene "Dualismus" zwischen Vorstandsvorsitzendem und Geschäftsführer ist gewollt und verhindert eine zu starke Kompetenzfülle in der Hand eines Einzelnen.

Meine Damen und Herren,

ich komme abschließend zur Finanzsituation des Verbandes, zur erwarteten Entwicklung der Dienstleistungen und zu den Verbandsperspektiven.

Eine grundsätzliche Bemerkung erscheint mir eingangs angebracht. Der Verband der Teilnehmergemeinschaften ist kein gewinnorientiertes Unternehmen, sondern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Diese vom Bundesgesetzgeber vorgegebene Rechtsform läßt zwar das Prinzip der Gewinnmaximierung nicht zu, entbindet aber den Verband nicht, möglichst kostengünstig Dienstleistungen für seine Mitglieder zu erbringen.

Nicht Gewinnmaximierung, sehr wohl aber Kostenminimierung, muß ein Leitprinzip des Verbandes werden.

Dies gebieten schon die öffentlichen Mittel, die mit hohem Anteil zur Finanzierung der Ausführungskosten und der Aufwendungen des Verbandes bereitgestellt werden.

Eine zweite Grundsatzbemerkung ist ebenfalls erforderlich.

Durch die Zusammenführung von 7 regionalen Wasser- und Bodenverbänden und einer zentral wirkenden Teilnehmergeinschaft zu einem Landesverband entstehen zweifellos Kostenvorteile.

Ihre Realisierung kann aber nur allmählich durch Anpassung der Maschinenkapazitäten und durch Rückführung des Personalkörpers erfolgen.

Abgeschriebene Maschinen und freiwillig ausscheidende Mitarbeiter können während des Anpassungsprozesses nicht ersetzt werden. An dieser nüchternen Analyse betriebswirtschaftlicher Zwänge führt kein Weg vorbei. Es wäre unaufrichtig, dies in der Gründungsversammlung zu verschweigen. Dabei ist aber wichtig, daß der Anpassungsprozeß in sozialer Verantwortung erfolgt.

Die Frage, wie sich die Regiearbeiten des Verbandes in den nächsten Jahren entwickeln werden, ist mit Blick auf die aktuellen Überkapazitäten von entscheidender Bedeutung.

Gemeinsam mit den Kulturämtern schätzen wir das Bageschehen in der ländlichen Bodenordnung so ein, daß mittelfristig Regiearbeiten von jährlich 10 Mio. DM anfallen.

Dieses Bauvolumen sichert während der Anpassungsphase die Auslastung der vorhandenen Maschinenkapazitäten und die Beschäftigung des übernommenen Personals.

Dabei kann das bisherige Niveau der Stundensätze gehalten werden, so daß sich der gesamte Anpassungsprozeß für die Teilnehmergeinschaften kostenneutral und danach kostengünstiger gestalten wird.

Ich komme nun zur zweiten Finanzierungssäule des Verbandes, zu den Umlagen.

Bisher haben die Teilnehmergeinschaften an die Landeskasse 6 % der Ausführungskosten pauschal abgeführt, und zwar als Abgeltung für die Leistungen, die die Kulturämter für die TG's erbracht haben.

Da nach der Verbandsgründung alle Aufgaben der TG's vom VTG wahrgenommen werden, fließt die bisherige Pauschale von 6 % und die Kassenverwalterentschädigung in die Kasse des VTG.

Daraus werden die 24 Mitarbeiter bezahlt, die von der Landeskulturverwaltung zu übernehmen sind bzw. neu eingestellt werden.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß Ihnen als Teilneh-

mergemeinschaften in der Anfangsphase des neuen Verbandes keine höheren Kosten als bisher entstehen, obwohl alle Aufgaben, die bisher von den Kulturämtern und von den Wasser- und Bodenverbänden für die Teilnehmergeinschaften erledigt wurden, jetzt vom VTG wahrgenommen werden.

Nach Ablauf der Anfangs- und Anpassungsphase muß der Vorstand die neue Kostensituation prüfen und Kostenvorteile an die Mitglieder durch Änderung der Umlagemodalitäten weitergeben.

Herr Minister Brüderle hat bereits erwähnt, daß sich auch das Land Rheinland-Pfalz beim Aufbau des Verbandes finanziell engagiert.

Die Anschubfinanzierung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe in Höhe von etwa 1 Mio. DM bei einer Eigenbeteiligung des Verbandes von ca. 250.000.- DM wurde in Aussicht gestellt.

Das Land stützt ferner den Verband dadurch, daß die Personalkosten für das Aufbauteam und für die Mitarbeiter, die von der Landeskulturverwaltung übernommen werden, erst ab 01.01.1998 zu erstatten sind, obwohl schon 1997 3 % der bisherigen Umlage an den Verband fließen.

Meine Damen und Herren,

dies war in gestraffter Form der Überblick über die erwartete Verbandsentwicklung und seine Finanzierung.

Ich will zum Schluß die Ergebnisse noch einmal zusammenfassen:

Die finanziellen Grundlagen des neuen Verbandes sind solide und durch Beiträge, Umlagen und die Anschubfinanzierung des Landes so vorbereitet, daß ausgeglichene Wirtschaftspläne zu erwarten sind.

Das Land flankiert und sichert den Start des VTG auch durch Personalhilfe bis 31.12.1997.

Die Teilnehmergeinschaften erfahren während der Anpassungsphase keine zusätzlichen finanziellen Belastungen, danach sind Kostenvorteile möglich.

Die Betreuungsqualität für die Teilnehmergeinschaften wird auf hohem Niveau garantiert und erfährt auch bei veränderter Organisation keine Einschränkung.

Meine Damen und Herren,

ich habe am Anfang meiner Ausführungen erwähnt, daß mein Bericht über die Vorbereitungsphase auch ein Rechenschaftsbericht ist.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen vermitteln, daß wir als Aufbauteam sehr sorgfältig und in fairem Umgang mit den Wasser- und Bodenverbänden den Grundstein für den VTG gelegt haben.

Für die sehr konstruktive Mitwirkung der Wasser- und Bodenverbände möchte ich mich herzlich bedanken.

Es ist nicht selbstverständlich, bei der eigenen Auflösung objektiv und gerecht zu bleiben und den für einen solchen Schritt notwendigen Weitblick zu behalten.

Auch dem Aufbauteam ein herzliches Dankeschön für die sehr engagierte Mitarbeit in den letzten Monaten.

Für Fragen stehen wir Ihnen in der anschließenden Diskussion zur Verfügung.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.



Abb. 4: Im Rahmen der Aussprache wurden von den Vertretern der Teilnehmergeinschaften viele Fragen gestellt

Gründungsversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland - Pfalz (VTG) am 2. September 1996 in Bad Kreuznach

Obervermessungsrat Heribert Sperlich, Mainz

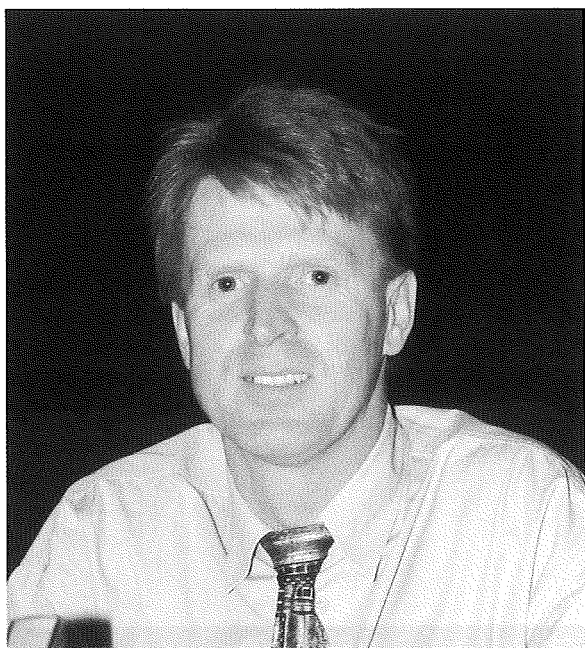


Abb. 5: Obervermessungsrat Heribert Sperlich, Mitglied des "Gründungsteams"

242 Teilnehmergeinschaften des Landes Rheinland-Pfalz haben den Verband der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz (VTG) ins Leben gerufen !

Dies ist das erfreuliche Ergebnis der Gründungsversammlung am 2.9.1996 im Großen Kursaal in Bad Kreuznach, bei der von 297 eingeladenen Teilnehmergeinschaften beeindruckende 267 Vertreter aus allen Teilen des Landes erschienen waren.

Der Leiter der Abteilung Landentwicklung, Agrarpolitik, Dorferneuerung, Herr Ministerialdirigent Dr. Günter Brack, aus dem für das Gründungsverfahren verantwortlichen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eröffnete um 18:15 Uhr die Veranstaltung.

Nach herzlicher Begrüßung der anwesenden Vertreter von Teilnehmergeinschaften war es ihm eine besondere Ehre, die Mitglieder des Landtagsausschusses für Landwirtschaft und Weinbau, Frau MdL Ebli, Frau MdL Kiltz, Frau MdL Jahns, Herrn MdL Anheuser und Herrn MdL Billen willkommen zu heißen.

Die Teilnahme des Agrarausschusses an der Gründungsversammlung des VTG unterstreiche nachdrücklich, daß die Ländliche Bodenordnung ihren hohen politischen Stellenwert wieder zurückgewinnt.



Abb. 6: Ministerialdirigent Dr. Günter Brack moderiert die Aussprache



Abb. 7: Antworten auf die Fragen aus der Gründungsversammlung

Von der Landwirtschaftskammer konnte der Versammlungsleiter deren Präsident, Herrn Ökonomierat Günther Scharz, vom Landesverband der Wasser- und Bodenverbände den Vorsitzenden Herrn Gerhard Kneib und vom Gemeinde- und Städtebund Frau Dr. Manthe sehr herzlich begrüßen und für Ihre Teilnahme danken.

Den hohen politischen Stellenwert der Veranstaltung verdeutlichte der stellvertretende Ministerpräsident, Landwirtschaftsminister Brüderle, indem er sich bereit erklärte, die Gründungsansprache zu halten. Minister Brüderle bezeichnete die Gründung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften als Schlußstein der Reform der Landeskulturverwaltung. Er dankte den anwesenden Vertretern der Teilnehmergeinschaften für die bislang geleistete Arbeit sowie Ihre Bereitschaft, die Gründung des VTG mitzutragen. Die Ländliche Bodenordnung könne überall dort, wo es darum gehe, durch Flächenerwerb und Flächentausch Ordnungs- und Entwicklungsaufgaben im Ländlichen Raum zu unterstützen, das erforderliche Flächenmanagement übernehmen.

Die vom Kabinett verabschiedeten Leitlinien für die Ländliche Bodenordnung seien im Zusammenwirken mit der Reform der Landeskulturverwaltung die Grundvoraussetzung, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu verbessern und insbesondere zu kürzeren Laufzeiten der Bodenordnungsverfahren zu kommen.

Deutlich wurde von Herrn Minister Brüderle herausgestellt, daß mit der Verbandsgründung die im Flurbereinigungsgesetz den Teilnehmergeinschaften zugewiesenen Aufgaben nun in deren Hände zurückgelegt würden. Dies bedeute Entstaatlichung und Gewinn an Selbstverantwortung.



Abb. 8: Beratung zwischen dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände, Gerhard Kneib und Minister Rainer Brüderle

Daß die Verbandsgründung nicht unumstritten sein könne, fand in seiner Rede ebenso Ihren Raum wie für die Teilnehmergeinschaften so enorm wichtige Aussagen zur Anschubfinanzierung, Organisationsform des neuen Verbandes und Integration der Wasser- und Bodenverbände. Mit dem Appell, die mit der Verbandsgründung gegebenen Chancen zu nutzen und dem Wunsch, der Verband möge bei seinen Entscheidungen eine glückliche Hand besitzen, beendete der Minister die Gründungsansprache.

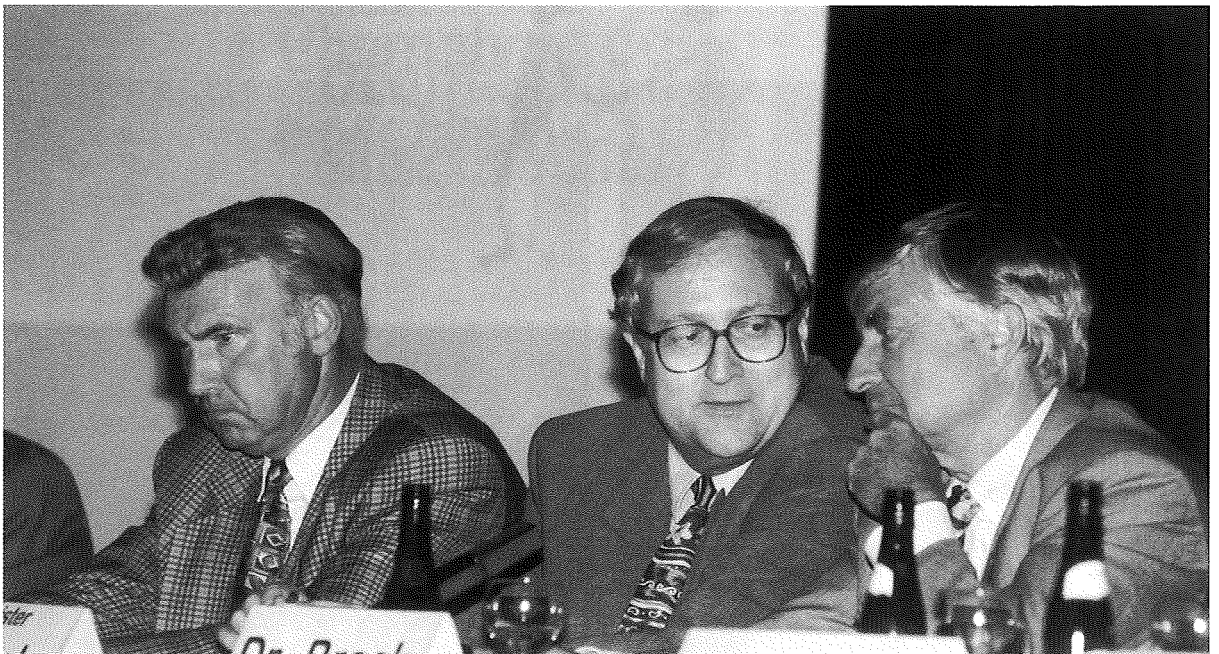


Abb. 9: von links: Gerhard Kneib, Minister Rainer Brüderle, Dr. Günter Brack



Abb. 10: von links: Manfred Buchta, Gerhard Kneib, Minister Rainer Brüderle

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Agrarpolitik und Dorferneuerung, Herr Leitender Ministerialrat Manfred Buchta, war für das Verbandsgründungsverfahren verantwortlich. Er gab in seiner Rede einen Rückblick auf das Gründungsverfahren, erläuterte und begründete besonders wichtige Passagen der Hauptsatzung und vertiefte die Ausführungen von Herrn Minister Brüderle zur Verbandsfinanzierung, zur Integration der Wasser- und Bodenverbände und zur Organisationsform.

Von der anschließenden Möglichkeit zur Aussprache wurde sehr rege Gebrauch gemacht. Bereits hier wurde deutlich, daß die Versammlung das mit der Verbandsgründung entstehende Recht auf Selbstverantwortung sehr ernst nehmen wird. Die Fragen befaßten sich sehr intensiv mit dem Sitz des Verbandes und somit Standort der Geschäftsstelle, der Stellung des Geschäftsführers, den Befugnissen der Organschaften und Zweifeln an der Freiwilligkeit des Zusammenschlusses.



Abb. 11: Blick in die Gründungsversammlung
vorne links: MdL Jahns, MdL Egli, MdL Anheuser, Günter Schartz



Abb. 12: Abgabe der Zusammenschlußerklärung zum VTG

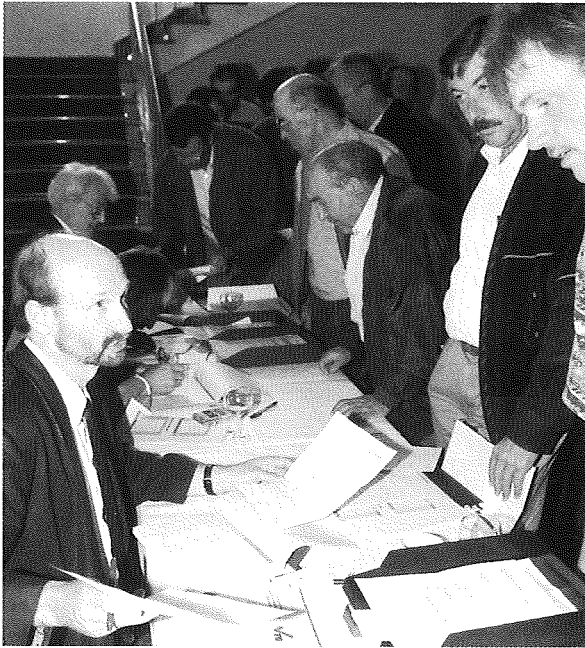


Abb. 13: Prüfung der Legitimation der erschienenen TG- Vertreter

Einfache und widerspruchslos hingenommene Antworten konnte es nicht auf jede der gestellten Fragen geben. So verabschiedete der Versammlungsleiter die Anwesenden mit einer längeren Verspätung erst gegen 21:00 Uhr in die Pause.

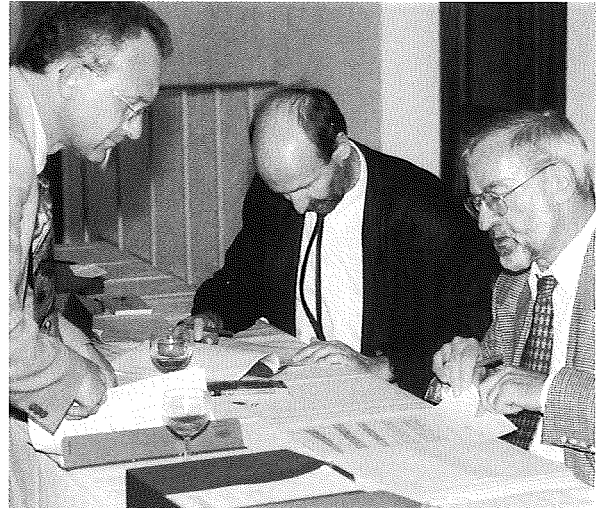


Abb. 14: Auszählung der ZusammenschlußBerklärungen zum VTG

Der zweite Teil der Versammlung wurde vom ältesten anwesenden TG-Vorsitzenden, Herrn Artur Fett aus Allenfeld eröffnet. Er stellte die Anzahl der Gründungsmitglieder mit 242 fest und eröffnete die erste Mitgliederversammlung des VTG. Mit Zustimmung der Mitglieder gab er anschließend die Versammlungsleitung an Herrn Dr. Brack weiter.

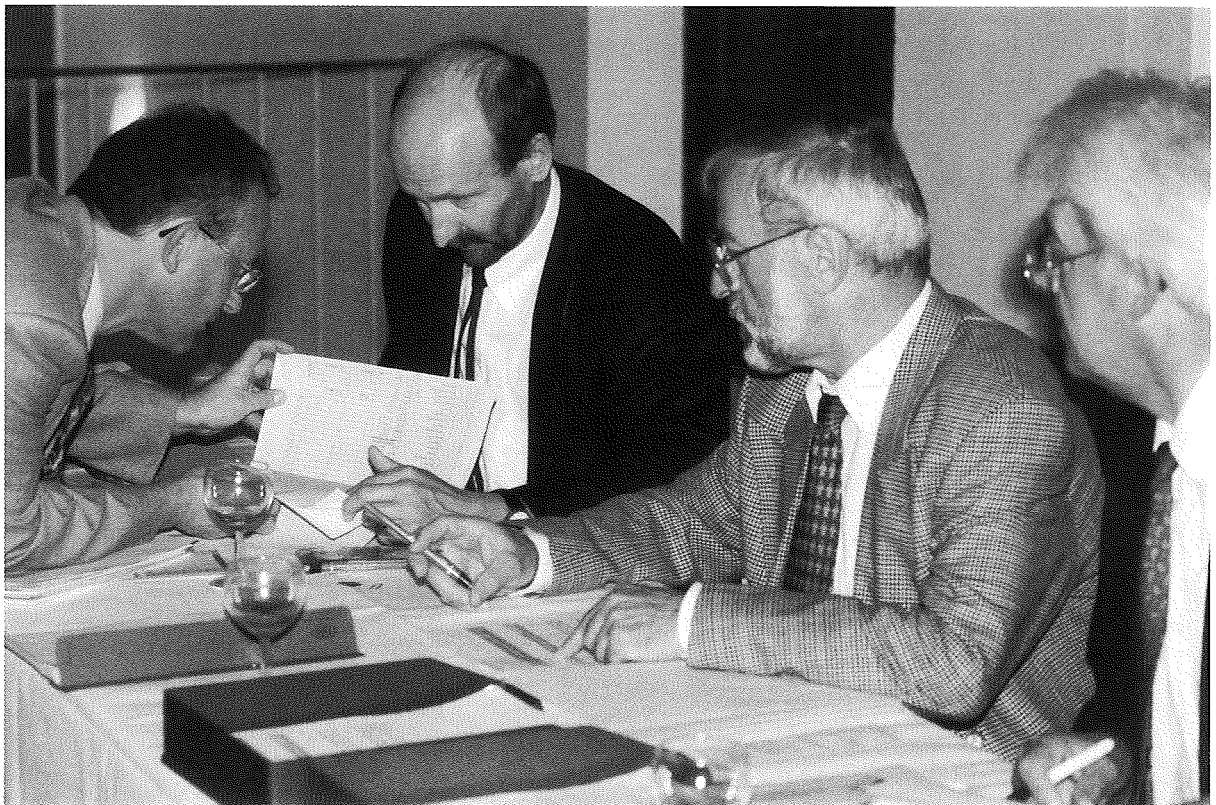


Abb. 15: Feststellung der Anzahl der Gründungsmitglieder des VTG durch die Zählkommission



Abb. 16: Beratung über 15 Änderungsanträge zum Entwurf der Hauptsatzung des VTG

Nach Genehmigung der Tagesordnung ging es in die Beratung und Beschlußfassung über die 15 vorliegenden Änderungsanträge zur Hauptsatzung. Besonders kontroverse Diskussionen löste erwartungsgemäß die Frage nach dem Sitz des Verbandes aus.

Nach mehreren Abstimmungsvorgängen sprach sich schließlich eine klare Mehrheit dafür aus, daß es bei der im Entwurf vorgeschlagenen Variante bleibt. Danach wird über den Sitz des Verbandes erst später entschieden.



Abb. 17: Beschlußfassung über 15 Änderungsanträge zum Entwurf der Hauptsatzung des VTG

Für die Aufbauphase wird bis zum 31.12.1998 eine vorläufige Geschäftsstelle in Neustadt eingerichtet. Auch die im Entwurf vorgesehene Satzungsregelung, nach der alle Vorstandsmitglieder der Teilnehmergeinschaften des Landes in den Vorstand des VTG gewählt werden können, wurde von der Mitgliederversammlung bestätigt. Änderungen der Hauptsatzung gab es beispielsweise bei der Beschlußfähigkeit der Mitgliederversammlung und der Stellung des Geschäftsführers.

Nachdem die meisten Änderungsanträge recht zügig behandelt und beschlossen wurden, konnte der Versammlungsleiter gegen 23:00 Uhr die Mitgliederversammlung schließen, den Erschienenen für Ihre Teilnahme danken, eine gute Heimfahrt wünschen und zu einem Glas Sekt in den Nebenraum des großen Kursaals einladen.



Abb. 18: Beschlußfassung über 15 Änderungsanträge zum Entwurf der Hauptsatzung des VTG

VERBAND DER TEILNEHMERGEMEINSCHAFTEN RHEINLAND - PFALZ (VTG)

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptsatzung

vom **2. September 1996**
veröffentlicht
im Staatsanzeiger von Rheinland-Pfalz

§ 1 Name, Gebiet und Sitz

(1) Die in der Anlage aufgeführten Teilnehmergemeinschaften nach § 16 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Flurbereinigungsgesetzes vom 23. August 1994 (BGBl. I S. 2187), schließen sich zu einem Verband der Teilnehmergemeinschaften gemäß §§ 26 a ff. FlurbG zusammen. Der Verband führt den Namen "Verband der Teilnehmergemeinschaften Rheinland-Pfalz" (VTG).

(2) Der Verband kann im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben (§ 2 Satzung) im Land Rheinland-Pfalz tätig werden.

(3) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze und dieser Satzung selbst und dient dem gemeinschaftlichen Interesse seiner Mitglieder.

(4) Sitz des Verbandes ist in der Aufbauphase bis zum 31. Dezember 1998 Neustadt/Weinstraße.

§ 2 Aufgaben des Verbandes

(1) Der Verband dient der gemeinsamen Durchführung von Aufgaben, die seinen Mitgliedern nach § 18 FlurbG obliegen, ferner den nachstehenden sonstigen Aufgaben nach dem Flurbereinigungsgesetz.

(2) Der Verband übernimmt für seine Mitglieder auf der Grundlage ihrer Beschlüsse

- a) die Kassen- und Buchführung mit voller Verantwortung (§ 26 b Abs. 2 Satz 2 FlurbG),
- b) die Vorbereitung und Durchführung der einheitlichen Erhebung von Geldforderungen von Beteiligten an Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (§ 26 b Abs. 2 in Verbindung mit § 19 FlurbG),
- c) die Einrichtung und Verwaltung eines finanziellen Grundstocks und eines Verbundkontos,
- d) alle Arbeiten im Zusammenhang mit der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen, soweit sie den Teilnehmergemeinschaften obliegen (§ 18 FlurbG) und
- e) gegebenenfalls die Vertretung in Beiräten und Ausschüssen nach Gesetzen des Landes Rheinland-Pfalz.

(3) Der Verband unterstützt seine Mitglieder bei der Finanzierung ihrer Aufgaben und bei der Verwaltung öffentlicher Mittel. Er kann Eigenmittel bewirtschaften und verwalten. Er kann für sich und - auf Antrag - für seine Mitglieder mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde Bankdarlehen aufnehmen.

(4) Für die Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen, die Bodenverbesserungsarbeiten sowie für vermessungstechnische und andere verfahrensbezogene Aufgaben kann der Verband Arbeitskräfte, Maschinen, Geräte und Material stellen.

(5) Der Verband kann durch die jeweilige Flurbereinigungsbehörde bereits vor der Anordnung eines Bodenordnungsverfahrens beauftragt werden (§ 26 c Abs. 1 FlurbG),

- a) Vorarbeiten, insbesondere agrarstrukturelle Vorplanungen zu übernehmen,
- b) für Zwecke der Flurbereinigung Grundstücke zu erwerben oder zu pachten.

(6) Der Verband kann mit Zustimmung der jeweiligen Flurbereinigungsbehörde die Folgemaßnahmen beim freiwilligen Landtausch durchführen, soweit die Tauschpartner solche Maßnahmen vereinbaren.

(7) Der Verband kann, soweit es der Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz dient bzw. die sachlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, gegen Erstattung der Kosten auch für Nichtmitglieder tätig werden, z. B. für Gemeinden und Unternehmensträger in Verfahren nach § 87 ff. FlurbG.

(8) Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

§ 3 Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Verbands sind die den Verband nach § 26 a FlurbG bildenden Teilnehmergemeinschaften. Die Mitgliedschaft entsteht mit Zustimmung durch die Flurbereinigungsbehörde (§ 26 a Abs. 5 FlurbG).

(2) Jedes Mitglied kann zum Ende eines Kalenderjahres aus dem Verband austreten. Der Austritt muß mindestens sechs Monate vorher schriftlich dem Verbandsvorsitzenden gegenüber erklärt werden.

(3) Mitglieder können nur mit der Mehrheit aller Mitglieder und Zustimmung der Aufsichtsbehörde aus-

geschlossen werden. Der Ausschluß ist nur zulässig, wenn das Mitglied der Satzung oder Beschlüssen der Verbandsorgane zuwidergehandelt hat oder seine dem Verband übertragenen Aufgaben erfüllt sind.

(4) Die Mitglieder haben ihre Verpflichtungen bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens ihres Austritts oder ihres Ausschlusses in vollem Umfang zu erfüllen. Der Vorstand kann beschließen, daß sie zur völligen Abwicklung auch solcher Verpflichtungen weiter beizutragen haben, die vor Zugang ihrer Austrittserklärung oder vor der Entscheidung der Mitgliederversammlung über ihren Ausschluß begründet worden sind.

(5) Die Mitgliedschaft erlischt mit der Beendigung des Bodenordnungsverfahrens. Sie bleibt über diesen Zeitpunkt hinaus bestehen, wenn und solange ein Kulturamt die Aufsicht über die betreffende Teilnehmergeinschaft hat; insoweit gilt Absatz 2.

§ 4 Verbandsorgane

(1) Organe des Verbands sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand und der Verbandsvorsitzende.

(2) Vorstand und Verbandsvorsitzender werden für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Nachwahlen bei laufender Wahlperiode gelten nur für den Rest der Wahlperiode.

§ 5 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern (§ 3 Satzung). Die Mitglieder werden durch ihre Vorstandsvorsitzenden oder deren Stellvertreter, bei Verhinderung beider durch einen vom jeweiligen Vorstandsvorsitzenden zu bestimmenden Bevollmächtigten vertreten.

(2) Ist ein Vorstand und sein Vorsitzender nicht nur für eine, sondern für mehrere Teilnehmergeinschaften gewählt, steht ihm für jede von ihm vertretene Teilnehmergeinschaft jeweils ein Stimmrecht zu.

(3) Die Mitgliederversammlung ist jährlich mindestens einmal einzuberufen. Sie muß einberufen werden, wenn dies die Aufsichtsbehörde verlangt oder mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich beantragt.

(4) Der Verbandsvorsitzende hat der Mitgliederversammlung Rechenschaft über die Tätigkeit des Verbandes zu erstatten und dazu Auskünfte zu erteilen.

§ 6 Aufgaben der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand.

(2) Sie beschließt über

- a) die Aufstellung und Änderung der Hauptsatzung und weiterer Satzungen,
- b) die Feststellung des Wirtschaftsplanes (§ 15 Satzung),
- c) den Jahresabschluß und die Entlastung des Vorstands (§18 Satzung),
- d) die Umlage (§16 Abs. 1 Satzung),
- e) die Entschädigung für Zeitversäumnisse und Aufwand von Vorstandsmitgliedern,
- f) den Ausschluß von Verbandsmitgliedern (§3 Satzung),
- g) die Auflösung des Verbands nach Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde und
- h) sonstige Angelegenheiten, die der Vorstand der Mitgliederversammlung vorlegt.

§ 7 Beschlußfassung der Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wird vom Verbandsvorsitzenden schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt vier Wochen. In dringenden Fällen kann die Frist auf zwei Wochen verkürzt werden.

(2) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sowie mindestens ein Stimmberechtigter pro Regierungsbezirk anwesend sind.

(3) Die Mitgliederversammlung beschließt, sofern in dieser Satzung nichts anderweitiges geregelt ist, in offener Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Auf mündlichen Antrag mindestens eines Stimmberechtigten kann die Versammlung in offener Abstimmung darüber beschließen, ob die Abstimmung geheim durchgeführt wird.

(4) Jeder Stimmberechtigte hat für jede von ihm vertretene Teilnehmergeinschaft je eine Stimme.

(5) Anträge auf Änderung der Hauptsatzung sind in vollem Wortlaut mit der Ladung zur Mitgliederversammlung bekanntzugeben. Für die Änderung der

Hauptsatzung ist die Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich.

(6) Für alle anderen Anträge ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(7) Über Anträge von Mitgliedern, des Vorstands oder des Geschäftsführers zur Änderung der Tagesordnung beschließt die Mitgliederversammlung. Änderungsanträge sind grundsätzlich vor der Mitgliederversammlung den Mitgliedern zuzustellen oder mit Zweidrittelmehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Stimmberechtigten zu beschließen. Die Anträge sollen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie mindestens eine Woche - in den Fällen des Absatzes 1 Satz 3 drei Tage - vor der Versammlung schriftlich beim Verbandsvorsitzenden oder beim Geschäftsführer eingegangen sind.

§ 8 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes und des Vorstandsvorsitzenden

(1) Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde von der obersten Flurbereinigungsbehörde gemäß § 26 b (Abs. 1 FlurbG) mit neun bestimmt. Ferner sind neun Stellvertreter zu wählen. Das Nähere regelt eine Wahlordnung.

(2) Jeder Kulturamtsbezirk muß im Vorstand vertreten sein.

(3) Wählbar sind Vorstandsmitglieder der Teilnehmergeinschaften aus den Dienstbezirken der Kulturämter in Rheinland-Pfalz.

(4) Beschäftigte der Landeskulturverwaltung und des Verbandes der Teilnehmergeinschaften können nicht in den Vorstand gewählt werden.

(5) Die Mitgliederversammlung kann mit der Mehrheit der erschienenen Mitglieder Vorstandsmitglieder dadurch abberufen, daß sie an deren Stelle neue Vorstandsmitglieder wählt. Der Antrag auf Abberufung eines Vorstandsmitglieds muß von mindestens einem Drittel aller Mitglieder oder dem Vorstand oder der Aufsichtsbehörde gestellt sein.

(6) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Verbandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter.

(7) Wird der Vorstand durch Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern beschlußunfähig, führt der Verbandsvorsitzende, bei dessen Ausscheiden der Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden, bei dessen Ausscheiden das älteste Vorstandsmitglied die

Geschäfte des Vorstands. Eine Nachwahl ist unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Monaten, durchzuführen.

(8) Die Vorstandsmitglieder und die Stellvertreter wirken ehrenamtlich. Der Verband gewährt ihnen eine Entschädigung für Zeitversäumnis und Aufwand.

(9) Die Absätze 2 bis 5 gelten sinngemäß für die Stellvertreter.

§ 9 Aufgaben des Vorstands

(1) Der Vorstand bestimmt über alle Angelegenheiten des Verbands, soweit nicht nach § 6 der Satzung die Mitgliederversammlung oder nach § 11 der Verbandsvorsitzende oder nach § 14 der Geschäftsführer zuständig sind. Zu den Aufgaben des Vorstands gehören insbesondere

- a) die Aufnahme von Mitgliedern,
- b) die Aufstellung des Wirtschaftsplans (§ 15 Satzung),
- c) die Genehmigung der Geschäftsordnung,
- d) die Vergabe von Arbeiten nach § 2 Abs. 8 der Satzung ab einer vom Vorstand generell zu bestimmenden Höhe,
- e) die Festsetzung der Beiträge nach § 16 Absatz 2 und 3 der Satzung,
- f) die Aufstellung des Jahresabschlusses,
- g) die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers und seines Stellvertreters mit Zustimmung der obersten Flurbereinigungsbehörde.

(2) Der Vorstand hat über sonstige Angelegenheiten zu beschließen, die ihm der Verbandsvorsitzende oder der Geschäftsführer vorlegt.

§ 10 Beschlußfassung des Vorstands

(1) Der Verbandsvorsitzende beruft den Vorstand zu Sitzungen unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich ein. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen, in dringenden Fällen kann diese Frist verkürzt werden.

(2) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte anwesend ist. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Ladung ist er beschlußfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder zustimmen.

(3) Ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen ist er beschlußfähig, wenn er zum zweiten mal wegen desselben Gegenstands rechtzeitig geladen wurde und hierbei mitgeteilt worden ist, daß ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlossen werden wird.

(4) Auf schriftlichem Wege erzielte Beschlüsse sind gültig, wenn sie einstimmig von allen Vorstandsmitgliedern gefaßt sind.

(5) Der Vorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 11 Aufgaben des Verbandsvorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Er leitet die Mitgliederversammlung und die Vorstandssitzungen.

§ 12 Sitzungen der Verbandsorgane

(1) Von den Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen ist die Aufsichtsbehörde unter Mitteilung der Tagesordnung rechtzeitig zu unterrichten.

(2) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstands fertigt der Geschäftsführer eine Niederschrift. Die Niederschrift muß insbesondere Ort und Tag der Sitzung, die Namen der anwesenden Mitglieder und Stellvertreter, die Namen der anwesenden Vorstandsmitglieder, die Namen der nach Absatz 3 zugezogenen Personen und der Vertreter der Aufsichtsbehörden sowie die Anträge und Beschlüsse mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis enthalten. Die Niederschrift ist vom Geschäftsführer zu unterzeichnen und vom Verbandsvorsitzenden gegenzuzeichnen.

(3) Personen, die den Verbandsorganen nicht angehören, können durch Beschluß des Vorstandes zugezogen werden. Sie haben kein Stimmrecht.

§ 13 Geschäftsstelle

(1) Der Verband unterhält eine Geschäftsstelle.

(2) Für den Dienstbetrieb des Verbandes gibt dieser sich eine Geschäftsordnung.

§ 14 Geschäftsführer

(1) Der hauptamtliche Geschäftsführer wird vom Vorstand mit Zustimmung der obersten Flurbereinigungsbehörde für fünf Jahre bestellt und abberufen. Wiederbestellung ist möglich. Er muß über langjährige Erfahrungen in der Landeskulturverwaltung verfügen.

(2) Er ist für den Vollzug der Beschlüsse der Verbandsorgane verantwortlich. Er erledigt in diesem Rahmen die laufenden Geschäfte.

(3) Der Geschäftsführer ist bevollmächtigt zum Abschluß von Verträgen, soweit in dieser Satzung nichts abweichendes geregelt ist.

(4) Er ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten des Verbandes.

(5) Er nimmt an den Sitzungen der Verbandsorgane ohne Stimmrecht teil.

§ 15 Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan

(1) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Für jedes Wirtschaftsjahr entwirft der Geschäftsführer den Wirtschaftsplan.

(3) Im Rahmen des Wirtschaftsplanes obliegen dem Geschäftsführer die Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Dienstkräfte; für die Einstellung von Ingenieuren oder Beschäftigten mit vergleichbarer Qualifikation ist die Zustimmung des Vorstandes, bei dem übrigen Personal das Einverständnis des Vorstandsvorsitzenden erforderlich.

§ 16 Verbandsumlage und -beiträge und sonstige Einnahmen

(1) Der personelle und sächliche Aufwand für die Geschäftsstelle sowie für die der Geschäftsstelle zugeordneten Bediensteten in den Kulturamtsbezirken ist von den Mitgliedern durch eine jährliche Umlage aufzubringen; dazu gehören die Kosten für Gebäude bzw. Räume, EDV-Ausstattung und -Unterhaltung, Büromaterial, Einrichtungen und Verbindlichkeiten. Die anteilige Höhe der Umlage richtet sich in der Regel nach dem Verhältnis der jährlichen Ausführungskosten des einzelnen Mitglieds zu den Gesamtausführungskosten aller Mitglieder im jeweiligen Jahr.

Über die Höhe der Umlage und Ausnahmen beschließt die Mitgliederversammlung.

(2) Für die gestellten Arbeitskräfte, Maschinen und Geräte sind zeitabhängige Beiträge (Stundensätze) zu erbringen. Die Höhe dieser Beiträge wird vom Vorstand festgesetzt.

(3) Besondere Leistungen des Verbands können unter Berücksichtigung der tatsächlichen Aufwendungen gesondert abgerechnet werden. Diese Erstattung gilt insbesondere für Nichtmitglieder. Die Höhe wird vom Vorstand festgesetzt.

(4) Auf die Umlage und die Beiträge nach § 16 der Satzung können Vorschüsse erhoben werden.

(5) Für Schulden des Verbands haften die Mitglieder anteilig nach der Höhe der während ihrer Mitgliedschaft im Verband bis zum Zeitpunkt der Feststellung oder Anerkennung der Schuld angefallenen anteiligen Ausführungskosten ihrer Bodenordnungsverfahren.

§ 17 Hebung der Verbandsumlage und -beiträge, Rechtsbehelfer

(1) Der Verband erhebt die Umlage und die Beiträge nach § 16 der Satzung durch Bescheid.

(2) Gegen den Bescheid kann innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verbandes oder der Aufsichtsbehörde eingelegt werden.

(3) Der Widerspruch hat bezüglich der Zahlungsverpflichtung keine aufschiebende Wirkung.

(4) Über den Widerspruch entscheidet die Aufsichtsbehörde (§ 141 FlurbG). Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, kann gegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde (Widerspruchsbescheid) innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Flurbereinigungsgericht Klage erhoben werden.

§ 18 Rechnungslegung

(1) Der Vorstand hat für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Lagebericht bestehenden Jahresabschluß aufzustellen und der Prüfstelle zuzuleiten.

(2) Der Vorstand hat der Mitgliederversammlung den Jahresabschluß nach abgeschlossener Prüfung zur Beschlußfassung vorzulegen.

(3) Die Prüfung des Jahresabschlusses wird von einer von der Aufsichtsbehörde zu bestimmenden Prüfstelle durchgeführt.

§ 19 Betretungsrecht

Der Verband ist Beauftragter der Flurbereinigungsbehörde im Sinne von § 35 FlurbG und ist als solcher berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Bodenordnungsverfahren Grundstücke zu betreten und die nach seinem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

§ 20 Aufsicht

(1) Der Verband untersteht der Aufsicht der obersten Flurbereinigungsbehörde.

(2) Unbeschadet der Hauptsatzung bedürfen der Zustimmung bzw. Genehmigung der Aufsichtsbehörde im übrigen

- a) der Wirtschaftsplan (§ 15 Satzung) und der Jahresabschluß (§ 18 Satzung),
- b) die Festsetzung der Verbandsbeiträge (§ 16 Satzung),
- c) der Abschluß von Verträgen, soweit diese einen von der obersten Flurbereinigungsbehörde vorgegebenen Ermächtigungsrahmen überschreiten (§ 26 d i.V.m. § 17 Abs. 2 FlurbG),
- d) die Aufnahme von Bankdarlehen (§ 2 Abs. 3 Satzung),
- e) die Bestellung von Sicherheiten und die Übernahme von Bürgschaften,
- f) Ausschluß von Mitgliedern (§ 3 Satzung),
- g) die unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen,
- h) die Geschäftsordnung des Verbandes (§ 13 Satzung),
- i) die Auflösung des Verbandes (§ 6 Abs. 2 Buchst. g der Satzung).

(2) Die Aufsichtsbehörde kann für bestimmte Geschäfte Ausnahmen zulassen.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann sich auch durch Beauftragte über die Angelegenheiten des Verbandes unterrichten. Sie kann mündliche oder schriftliche Berichte verlangen, Akten und andere Unterlagen anfordern sowie an Ort und Stelle Prüfungen und Besichtigungen vornehmen.

§ 21 Übergangsregelungen

(1) Der Verband wird mit seiner Gründung den Antrag stellen, Mitglied im Landesverband der Wasser- und Bodenverbände Rheinland-Pfalz zu werden und die jährliche Rechnungsprüfung diesem zu übertragen.

(2) Die oberste Flurbereinigungsbehörde bestellt bis zu dem Zeitpunkt einen kommissarischen Geschäftsführer, an dem der Vorstand einen hauptamtlichen Geschäftsführer bestellt, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1998. Dieser wird bis zur Wahl des ersten Vorstands mit der Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte beauftragt.

(3) Angelegenheiten, die bislang die Wasser- und Bodenverbände zur Förderung der Landeskultur für die Teilnehmergeinschaften wahrgenommen haben, werden vom Verband der Teilnehmergeinschaften weitergeführt. Soweit diese Angelegenheiten nicht dem satzungsgemäßen Aufgabenbereich des VTG entsprechen, gilt dies nur für den Zeitraum, der für eine ordnungsgemäße Abwicklung erforderlich ist. Die Rechte und Pflichten der Wasser- und Bodenverbände einschließlich des Vermögens und des Personals werden vom Verband der Teilnehmergeinschaften übernommen. Der kommissarische Geschäftsführer wird ermächtigt, die von der obersten Landesbehörde in Abstimmung mit den Wasser- und Bodenverbänden entworfene Übernahmevereinbarung zu unterzeichnen und zu vollziehen.

(4) Die Übernahme der bisher von den Kulturämtern für die Teilnehmergeinschaften wahrgenommenen Aufgaben erfolgt in Abstimmung mit der obersten Flurbereinigungsbehörde.

(5) Mit dem Zeitpunkt der Übernahme der Kassengeschäfte durch den Verband werden die bisherigen Kassenverwalter entbehrlich. Die Entpflichtung erfolgt zum gegebenen Zeitpunkt durch die jeweiligen Kulturämter.

§ 22 Inkrafttreten

(1) Der Verband entsteht, sofern mindestens 20 Teilnehmergeinschaften den Zusammenschluß erklärt und diese Hauptsatzung beschlossen haben (§ 26 a Abs. 2 FlurbG), am Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieser Hauptsatzung im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz (§ 26 a Abs. 1 FlurbG).

(2) Jede Satzungsänderung tritt am ersten Tag des auf die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde folgenden Kalendermonats in Kraft.

Vorstehende Hauptsatzung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Rheinland-Pfalz wurde in der Gründungsversammlung am 2. September 1996 in Bad Kreuznach beschlossen. Der Zusammenschluß der 242 Teilnehmergeinschaften und die Satzung werden gemäß § 26 a Abs. 3 FlurbG genehmigt. Der Verband entsteht am Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieser Hauptsatzung.

Az: 8061 - 50.08

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau
- Oberste Flurbereinigungsbehörde -

Im Auftrag
gez. Dr. Brack
Ministerialdirigent

Mainz, 10. September 1996

Liste der VTG - Gründungsmitglieder

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Bernkastel - Kues	Bettenfeld	Werner	Zens
Bernkastel - Kues	Dhron (Dorf)	Uwe	Bollig
Bernkastel - Kues	Erden	Manfred	Lotz
Bernkastel - Kues	Gonzerath	Berthold	Wagner
Bernkastel - Kues	Landscheid/Burg	Paul	Steffen
Bernkastel - Kues	Piesport	Alfons	Haart
Bernkastel - Kues	Rachtig-Ürzig	Walter	Erbes
Bernkastel - Kues	Talling	Rudi	Marx
Bernkastel - Kues	Traben (Königsberg)	Kurt	Peifer
Bernkastel - Kues	Traben (Würzgarten)	Kurt	Peifer
Bernkastel - Kues	Trarbach (Schloßberg)	Gerhard	Conrad
Bernkastel - Kues	Trarbach (Taubenhaus)	Alfred	Sausen
Bernkastel - Kues	Zeltingen (Sonnenuhr)	Karl-Heinz	Griebeler
Anzahl	13		
Kaiserslautern	A 63 Dreisen-Steinbach	Kurt	Friebe
Kaiserslautern	Bechhofen	Franz	Krämer
Kaiserslautern	Hausweiler, Herren-Sulzbach, Homberg	Rudi	Neu
Kaiserslautern	Höheinöd (Ort)	Kurt	Grünnagel
Kaiserslautern	Höhfröschen	Wilhelm	Buchheit
Kaiserslautern	Jettenbach (Ort)	Günter	Wendel
Kaiserslautern	Krottelbach	Hans	Schmitt
Kaiserslautern	Lambsborn	Karl	Gortner
Kaiserslautern	Matzenbach-Eisenbach (Ort)	Werner	Zimmer

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Kaiserslautern	Matzenbach-Gimsbach (Ort)	Albert	Müller
Kaiserslautern	Nanzdietschweiler	Alfred	Letscher
Kaiserslautern	Niederalben (Ort)	Ernst	Schworm
Kaiserslautern	Quirnbach	Armin	Leixner
Kaiserslautern	Steinbach a.D.	Friedel	Maue
Kaiserslautern	Steinbach am Glan/Henschtal	Ralf	Harth
Anzahl	15		
Mayen	Alken	Rudolf	Hammes
Mayen	Briedel II	Karl Günter	Rosenbaum
Mayen	Briedel III	Karl Günter	Rosenbaum
Mayen	Buchholz	Heinz	Hammerschmidt
Mayen	Ediger-Eller III	Karl	Schauß
Mayen	Ediger-Eller IV	Karl	Schauß
Mayen	Hatzenport	Peter	Dötsch
Mayen	Kürrenberg	Bernd	Jünger
Mayen	Moselweiß	Toni	Reif
Mayen	Niederwerth	Johannes	Hilden
Mayen	Oberfell	Horst-Josef	Meurer
Mayen	Oppenhausen-Herschwiesen	Dr. Walter	Bersch
Mayen	Panzweiler	Helmut	Angsten
Mayen	Polch-Viedeler Bach	Berthold	Groß
Mayen	Remagen	Hans	Wiest
Mayen	Rüderberg	Werner	Clemens
Mayen	Sosberg-Forst	Reinhold	Kölzer
Mayen	Valwig-Brauselay	Johann	Hommes

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Mayen	Valwig-Dorf	Burkhard	Schneemann
Mayen	Valwig-Herrenberg	Günter	Andre
Anzahl	20		
Mayen-Adenau	Dedenbach-Dorf	Maria	Butryn
Mayen-Adenau	Königsfeld-Dorf	Peter	Zipp
Mayen-Adenau	Mayschoß-Mönchberg	Hubert	Kunz
Mayen-Adenau	Schalkenbach	Günter	Müller
Anzahl	4		
Neustadt	Arzheim-Ranschbach X	Rudi	Morio
Neustadt	B 272 Südumgehung Weingarten	Hubert	Gamber
Neustadt	Bad Dürkheim (Stamm)	Wilfried	Peter
Neustadt	Billigheim IV (Rest)	Heinrich	Wind
Neustadt	Burrweiler-Gleisweiler	Bruno	Eberle
Neustadt	Deidesheim-Forst XI	Norbert	Frey
Neustadt	Deidesheim-Forst (Stamm)	Norbert	Frey
Neustadt	Deidesheim-Forst IX	Norbert	Frey
Neustadt	Deidesheim-Forst X	Norbert	Frey
Neustadt	Edenkoben IV	Herbert	Schäfer
Neustadt	Edenkoben V	Heinz	Fruth
Neustadt	Essingen (Stamm)	Gottfried	Gambert
Neustadt	Essingen I	Gottfried	Gambert
Neustadt	Essingen II	Gottfried	Gambert
Neustadt	Essingen III	Gottfried	Gambert
Neustadt	Hambach (Stamm)	Hein	Fischer
Neustadt	Hambach V	Hein	Fischer

Kulturamt Flurbereinigungsverfahren		TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Neustadt	Hambach VI	Hein	Fischer
Neustadt	Hambach VII	Hein	Fischer
Neustadt	Haßloch (Ostumgehung)	Hans	Deyerling
Neustadt	Haßloch V	Hans	Schmitt
Neustadt	Herxheim b. Landau	Bruno	Eichenlaub
Neustadt	Herxheimweyher	Günter	Knoll
Neustadt	Hochstadt (Stamm)	Heini	Renner
Neustadt	Hochstadt I	Heini	Renner
Neustadt	Hochstadt II	Heini	Renner
Neustadt	Hochstadt III	Heini	Renner
Neustadt	Hochstadt IV	Heini	Renner
Neustadt	Ilbesheim IX	Klaus	Geiler
Neustadt	Kallstadt (Stamm)	Manfred	Noll
Neustadt	Kallstadt V	Manfred	Noll
Neustadt	Kallstadt VI	Udo	Hindelang
Neustadt	Kirrweiler (Ort)	Arno	Walter
Neustadt	Knöringen II	Helmut	Heupel
Neustadt	Knöringen III	Helmut	Heupel
Neustadt	Lachen-Speyerdorf IV	Herbert	Klein
Neustadt	Lachen-Speyerdorf I	Herbert	Klein
Neustadt	Lachen-Speyerdorf II	Herbert	Klein
Neustadt	Lachen-Speyerdorf III	Herbert	Klein
Neustadt	Lachen-Speyerdorf (Acker)	Herbert	Klein
Neustadt	Maikammer (Stamm)	Kuno	Bachtler
Neustadt	Maikammer V	Kuno	Bachtler
Neustadt	Maikammer VI	Kuno	Bachtler

		TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	Vorname	Name
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen (Acker)	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen (Stamm)	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen IX	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen V	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen VI	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen VII	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Mußbach-Gimmeldingen VIII	Wolfgang	Buchert
Neustadt	Niederkirchen (Ort)	Josef	Scheuermann
Neustadt	NW-Diedesfeld (Stamm)	Karl	Ullrich
Neustadt	NW-Diedesfeld II	Karl	Ullrich
Neustadt	NW-Diedesfeld III	Karl	Ullrich
Neustadt	NW-Diedesfeld IV	Karl	Ullrich
Neustadt	NW-Königsbach (Rest)	Bernhard	Krämer
Neustadt	NW-Königsbach III	Bernhard	Krämer
Neustadt	Ruppertsberg (Stamm)	Joachim	Schädler
Neustadt	Ruppertsberg II	Joachim	Schädler
Neustadt	Ruppertsberg III	Joachim	Schädler
Neustadt	Ruppertsberg IV	Matthias	Köhr
Neustadt	Ruppertsberg V	Matthias	Köhr
Neustadt	Schwegenheim (Ort)	Werner	Hellmann
Neustadt	St. Martin I	Josef	Raabe
Neustadt	St. Martin II	Josef	Raabe
Neustadt	St. Martin III	Josef	Raabe
Neustadt	St. Martin IV	Erich	Ziegler
Neustadt	St. Martin V	Erich	Ziegler
Neustadt	Wachenheim IV	Karl-Heinz	Hafner

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Neustadt	Wachenheim XI	Karl-Heinz	Hafner
Neustadt	Wachenheim XII	Karl-Heinz	Hafner
Neustadt	Weingarten (Ortslage)	Hermann	Ott
Anzahl	72		
Prüm	Altscheid	Peter	Noesges
Prüm	Beinhausen	Josef	Jakobs
Prüm	Berndorf	Andreas	Meier
Prüm	Biesdorf	Robert	Bormann
Prüm	Birresborn	Baptist	Hockelmann
Prüm	Boxberg	Maria	Rätz
Prüm	Daun-Waldkönigen	Adolf	Jaquemod
Prüm	Densborn	Helmut	Meier
Prüm	Geichlingen	Nikolaus	Lemmer
Prüm	Großlangenfeld	Matthias	Schröder
Prüm	Habscheid-Hollnich	Paul	Jänen
Prüm	Hütterscheid	Johann	Dahm
Prüm	Kaschenbach	Johannes	Billen
Prüm	Körperich	Werner	Petry
Prüm	Kradenbach	Helmut	Pauly
Prüm	Kruchten	Hermann	Jakobi
Prüm	Metterich	Michael	Feinen
Prüm	Neichen	Heinrich	Rodarius
Prüm	Nerdlen	Winfried	Schneider
Prüm	Niederprüm	Josef	Cremer
Prüm	Niederweis	Alfred	Thies

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Prüm	Pittenbach	Nikolaus	Ballmann
Prüm	Pronsfeld	Leo	Valentin
Prüm	Roth/Our	Johann	Reicher
Prüm	Sarmersbach	Peter	Lues
Prüm	Schönecken	Elfriede	Esch
Prüm	Seiwerath	Willi	Hoffmann
Prüm	Utscheid	Alfred	Halfen
Prüm	Watzerath	Jakob	Kockelmann
Prüm	Weidingen	Josef	Hesels
Prüm	Weinsfeld	Michel	Krämer
Prüm	Winterspelt	Rudolf	Ehleringer
Anzahl	32		
Simmern	Allenfeld	Artur	Fett
Simmern	Argenthal	Wilfried	Berg
Simmern	Bubach-Riegenroth	Manfred	Petry
Simmern	Gebroth	Kurt	Metzler
Simmern	Gösenroth	Werner	Faust
Simmern	Horbruch	Günter	Weyrich
Simmern	Horn	Helmut	Müller
Simmern	Kirchberg - Naheprogramm -	Wilhelm	Gass
Simmern	Kronweiler - Dorf -	Willi	Ruppenthal
Simmern	Norheim - Dorf -	Günther	Lau
Simmern	Sargenroth	Dieter	Schmitt
Simmern	Sobernheim II	Karl-Heinz	Schneider
Simmern	Schloß-Böckelheim	Peter	Anheuser

Kulturamt Flurbereinigungsverfahren		TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Simmern	Udenhausen	Rudi	Roos
Simmern	Wallhausen - Dorf -	Hans-Alois	Lunkenheimer
Simmern	Weiler bei Monzingen	Erhard	Strohm
Simmern	Weinsheim-Rüdesheim-Hüffelsheim	Ulrich	Otto
Simmern	Zell - Teilgebiet I -	Karlheinz	Weis jun.
Simmern	Zell - Teilgebiet II -	Karlheinz	Weis jun.
Anzahl	19		
Trier	Badem (Ort)	Hans-Leo	Müller
Trier	Ernzen	Rudolf	Göbel
Trier	Ferschweiler	Karl-Heinz	Bechel
Trier	Fließem	Klaus	Schnarrbach
Trier	Freudenburg (Ort)	Michael	Braunshausen
Trier	Gindorf (Ort)	Johann	Reinart
Trier	Gindorf-Wilsecker	Johann	Klein
Trier	Gransdorf (Feld)	Walter	Kremer
Trier	Gransdorf (Ort)	Walter	Kremer
Trier	Gusenburg	Alfons	Becker
Trier	Hamm	Günter	Prinz
Trier	Hüttingen	Hans-Leo	Müller
Trier	Kasel	Klaus	Longen
Trier	Menningen	Theo	Richter
Trier	Mesenich (Ort)	Alois	Schons
Trier	Minden	Peter	Kreuzkamp
Trier	Orenhofen	Matthais	Berg
Trier	Schleidweiler-Rodt	Ottmar	Lehnertz
Trier	Serrig	Matthias	Wagner

Kulturamt Flurbereinigungsverfahren		TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Trier	Trassem	Walter	Maximini
Trier	Waldrach (Ort)	Heinfried	Carduck
Trier	Wilsecker (Ort)	Klaus	Hoffmann
Trier	Wiltingen	Eduard	Beigl
Trier	Zemmer	Hermann	Volkwein
Anzahl	24		
Westerburg	Bellingen	Hubert	Henn
Westerburg	Bruchhausen-Orsberg	Heinz	Schumacher
Westerburg	Eichen-Rott	Manfred	Flammersfeld
Westerburg	Elbingen	Berthold	Gläßer
Westerburg	Enspel	Aloys	Wörsdörfer
Westerburg	Eppenrod	Dieter	Lotz
Westerburg	Ettinghausen	Horst	Zerfas
Westerburg	Flammersfeld-Kescheid	Alfred	Frank
Westerburg	Guckheim	Erich	Jung
Westerburg	Hahn am See	Friedel	Jung
Westerburg	Höchstenbach (Dorf)	Erwin	Schumacher
Westerburg	Höchstenbach (Feld)	Erwin	Schumacher
Westerburg	Langenhahn	Berthold	Baldus
Westerburg	Linkenbach (Dorf)	Rainer	Kaul
Westerburg	Linkenbach (Feld)	Rainer	Kaul
Westerburg	Mähren	Ulrich	Wengel
Westerburg	Merkelbach (Dorf)	Roland	Klein
Westerburg	Merkelbach (Feld)	Roland	Klein
Westerburg	Orfgen	Karl Ewald	Müller
Westerburg	Reiferscheid	Hans Peter	Schmuck

Kulturamt	Flurbereinigungsverfahren	TG-Vorsitzende / TG-Vorsitzender	
		Vorname	Name
Westerburg	Rotenhain	Willi	Hanz
Westerburg	Rothenbach	Edgar	Schuth
Westerburg	Sainerholz	Rudi	Jung
Westerburg	Sainscheid	Ulrich	Becker
Westerburg	Stockum-Püschchen	Karl-Heinz	Ferger
Westerburg	Welkenbach	Walter	Göbler
Westerburg	Wied (Dorf)	Heinrich	Schneider
Westerburg	Wied (Feld)	Heinrich	Schneider
Westerburg	Winkelbach	Wilfried	Bötzhöfer
Anzahl	29		
Worms	A 63 Börrst.-Alsenbrück-Langm.	Karl-Heinz	Jennewein
Worms	A 63 Lohnsf.-Wartenb.-Rohrbach	Alfons	Jung
Worms	A 63 Marnheim-Bolanden	Walter	Gießen
Worms	A 63 Morschheim-Bischheim	Winfried	Willig
Worms	Albig (Rest)	Ernst Jakob	Müller
Worms	Alsenz	Rudolf	Landfried
Worms	Dannenfels (Ort)	Götz	Ruppert
Worms	Gau-Odernheim (Ort)	Karl-Heinz	Merker
Worms	Ilbesheim (Ort)	Erhard	Klag
Worms	Kerzenheim-Rosenthalerhof	Detlef	Osterheld
Worms	Lohnsfeld (Ort)	Adolf	Benner
Worms	Spiesheim WG (Rest)	Adalbert	Jung
Worms	Uelversheim (Ort)	Edgar	Bucher
Worms	Uelversheim Graunsberg	Gerhard	Hinkel-Stallmann
Anzahl	14		
Gesamt	242		

Chronologie des Gründungsverfahrens

DATUM	ABSCHNITT
02.10. 1989	Empfehlung des Landesrechnungshofes Rheinland - Pfalz, die Wasser- und Bodenverbände zur Förderung der Landeskultur zu Verbänden der Teilnehmergeinschaften nach §§ 26 a ff FlurbG "umzuwidmen"
23. 02. 1993	Prüfbericht des Landesrechnungshofes Rheinland - Pfalz über die Prüfung der Dienstleistungen der Kulturämter für die Teilnehmergeinschaften -Trennung der Aufgaben-
02. 02. 1994	Erste Vorschläge und Grundsatzüberlegungen zur Gründung eines Verbandes der Teilnehmergeinschaften nach dem Vorbild des Landesverbandes Baden - Württemberg im MLWF
18. 03. 1994	Grundsatzbesprechung mit dem Gründungsbeauftragten des VTG Thüringen -VD Schmidt- über Ziele und Gründungsverfahren in Thüringen
13. 04.1994	Abstimmungsgespräch in Stuttgart mit Vertretern des Ministeriums für Ländlichen Raum über die Gründung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften Baden - Württemberg
07. 06. 1994	Beschluß des Ministeriums über die Modernisierung der Verwaltung in Rheinland - Pfalz mit einem Prüfkatalog (.... Ziffer 5.31: Gründung von Verbänden der Teilnehmergeinschaften nach §§ 26 a ff FlurbG zur wirtschaftlicheren Erledigung der Aufgaben - bisher Entgelt für staatliche Leistung -)
07. 12. 1994	Erstes Abstimmungsgespräch mit den Wasser- und Bodenverbänden zur Förderung der Landeskultur über die Perspektiven der WABO und den Prüfauftrag zur Gründung eines VTG
14. 12. 1994	Erste Information der Amtsleiter über die Vertiefung des Prüfauftrages "VTG"

DATUM	ABSCHNITT
28. 03. 1995	Verabschiedung der "Leitlinien für das Programm Ländliche Bodenordnung 1995 bis 1999" durch den Ministerrat (in Kap. 8: "Die Konzentration der von den Kulturämtern wahrgenommenen finanzierungs- und bautechnischen Aufgaben der Teilnehmergemeinschaften in Verbänden der Teilnehmergemeinschaften ist zu prüfen")
13. 02. 1995	Beginn der Arbeit der 6 Arbeitsgruppen zur "Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter in der Landeskulturverwaltung" AG 1: "Entstaatlichung"
13. 02. 1995 bis 11. 05. 1995	Untersuchung der Aufgabentrennung zwischen den Kulturämtern und den Teilnehmergemeinschaften durch Gründung eines Verbandes der Teilnehmergemeinschaften sowie weiterer Möglichkeiten der Entstaatlichung in 4 Sitzungen der Arbeitsgruppe 1 -"Entstaatlichung"
Mai 1995 bis September 1995	Auswertung der Untersuchungsergebnisse der Arbeitsgruppen nach der Wertanalyse sowie Ergänzungen zum "Konzept zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter"
21. 08. 1995	Schlußerörterung und abschließende Prüfung des Reformvorhabens in der großen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Bezirksregierungen
05. 09. 1995	Abstimmung der Gründung eines Verbandes der Teilnehmergemeinschaften mit dem Vorsitzenden und der Geschäftsführung des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände
18. 09. 1995	Abschlußbericht "Konzept zur Restrukturierung der Verfahrensabläufe der Ländlichen Bodenordnung und der Organisation der Kulturämter in der Landeskulturverwaltung". Im Kapitel 4 "Entstaatlichung der Verwaltung" wird die Gründung eines VTG empfohlen

DATUM	ABSCHNITT
19. 09. 1995	Information der Bezirksregierungen, Amtsleiter und Stellvertreter sowie des Hauptpersonalrates und der Personalratsvorsitzenden der Ämter über das Reformvorhaben
20. 09. 1995	Information der Verbände über das Reformvorhaben
02. 10. 1995	Abordnung von OVR Sperlich zum MVWLW für 1 Jahr mit dem Arbeitsauftrag, die Gründung des VTG vorzubereiten
10. 10. 1995	Eingehende Erörterung aller Details und Auswirkungen des Reformvorhabens in einem Ausschuß, bestehend aus Vertretern des Hauptpersonalrates und je zwei Mitgliedern der örtlichen Personalräte
Oktober 1995	Erarbeitung der Ministerratsvorlage
Oktober 1995	Abstimmung der Ministerratsvorlage innerhalb des Ressorts
November 1995	Abstimmung der Ministerratsvorlage mit den übrigen betroffenen Ressorts
13. 11. 1995	Erstes Gespräch beim VTG Baden - Württemberg in Weinsberg über das dortige Verbandsgründungsverfahren
20. 11. 1995	Information der Referatsleiter 53, der AL und der LTB u.a. über den Stand der Arbeiten zur Verbandsgründung
05. 12. 1995	Politische Entscheidung durch Ministerratsbeschluß über das Reformkonzept: Auftrag zur VTG - Gründung
Januar 1996	Informationsaustausch zwischen MWVLW und den 7 WABO vor Ort
17. 01. 1996	Zweites Gespräch beim VTG Baden - Württemberg in Weinsberg über das dortige Verbandsgründungsverfahren

DATUM	ABSCHNITT
Februar 1996	Entwurf einer Organisationsübersicht des VTG
12. 02. 1996	Besprechung beim Verband für Ländliche Entwicklung in Ansbach/Bayern
März 1996	Festlegung einer Anschubfinanzierung mit 80 % GA-Mittel und 20 % WABO-Vermögen
März 1996	Entwurf des Zeitrahmens für die Verbandsgründung (Ziel: Gründung im Herbst 1996)
März 1996	Erstellung des Info-Blattes zum VTG
15. 03. 1996 und 16. 03. 1996	Besuch der CEBIT zur Information über Finanzbuchhaltungssoftware
28. 03. 1996	Rechnungshofforderung, daß Aufgaben der Wiederaufbaukasse (WAK) vom VTG wahrgenommen werden sollten
Ende März 1996	Erster Entwurf der Hauptsatzung und einer Wahlsatzung
29. 03. 1996	Versendung der Satzungsentwürfe und eines Info-Blattes an die Bezirksregierungen, die Kulturämter und die WABO mit Aufforderung zur schriftlichen Stellungnahme und Einladung zur Abstimmungsbesprechung
16. 04. 1996	Information der Referatsleiter 53 über den Stand der Verbandsgründung
29. 04. 1996	Besprechung des Entwurfs der Hauptsatzung, der Wahlsatzung und des Info-Blattes sowie des weiteren Gründungsverfahrens mit den Referatsleitern 53 und den Amtsleitern der Kulturämter
30. 04. 1996	Besprechung des Entwurfs der Hauptsatzung, der Wahlsatzung und des Info-Blattes sowie des weiteren Gründungsverfahrens mit den WABO-Vorstehern

DATUM	ABSCHNITT
30. 04. 1996	Gründung der Arbeitsgruppe "Übergangslösung WABO"
Mai 1996	<p>Konkretisierung des Zeitrahmens für das Gründungsverfahren wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gründungsversammlung im September (zentrale Lage, kein Kulturamtsstandort) - Übernahme WABO ab 01. 01. 1997 - Übernahme Kassengeschäfte ab 01. 01. 1998 - Vorstandswahlen Ende 1996
07. 05. 1996	Versendung der geänderten Hauptsatzung an die WABO - Vorsteher sowie Amtsleiter der Kulturämter mit der Bitte um Weiterleitung an die TG - Vorsitzenden und Einladung zu Info - Veranstaltungen
Mai bis Juli 1996	<p>Landesweite Vorstandssitzungen der Amtsleiter mit den Vorsitzenden und / oder den Vorständen der Teilnehmergemeinschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundsatzbeschuß Auflösung WABO - Grundsatzbeschuß Beitritt VTG
28. 05. 1996	Erste Sitzung der Arbeitsgruppe "WABO - Integration"
03. 06. 1996	Schreiben an Finanzministerium und Rechnungshof wegen Ausnahmen zu §§ 108, 109 LHO
05. 06. 1996	Termin mit Landesverband der Wasser- und Bodenverbände wegen WABO - Abwicklung
Juni 1996	Lehrgang Finanzbuchhaltung für das "Kernteam" bei der IHK Ludwigshafen
Mitte 1996	Telefonischer Informationsaustausch mit allen AL über den Stand der Vorstandssitzungen bzw. Gründungsarbeiten

DATUM	ABSCHNITT
25. 06. 1996	Einsetzung der Arbeitsgruppe "Kassen- und Rechnungswesen"
08. 07. 1996	Abordnung von Herrn Kaul (LUREST) und Herrn Fricke (Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz) zum Kulturamt Neustadt mit dem Dienstauftrag VTG - Gründung (Bildung des "Kernteams")
09. 07. 1996	Gespräch mit den Versorgungsverbänden VBL, RZVK, BVK wegen der Weiterführung der Zusatzversicherung der WABO - Bediensteten bei VTG - Gründung
09. 07. 1996	Einzug des Kernteams in vorläufig angemietete Geschäftsräume in einem Konversionsprojekt in Neustadt (Turenne Kaserne)
11. 07. 1996	Zweite Sitzung der AG "WABO - Integration"
16. 07. 1996	Zweite Sitzung der AG "Kassen- und Rechnungswesen"
25. 07. 1996	Einladung der TG - Vorsitzenden zur Gründungsversammlung (297 Einladungen)
Anfang August	Einladung der Gäste zur Gründungsversammlung
August 1996	Vorbereitung des Programms und Ablaufs der Gründungsversammlung
26. 08. 1996	Gespräch mit den Bauernverbänden Rheinland - Nassau und Süd
02. 09. 1996	Gründungsversammlung im Großen Kursaal in Bad Kreuznach (242 Gründungsmitglieder). Einstimmige Verabschiedung der Hauptsatzung
10. 09. 1996	Genehmigung der Hauptsatzung durch das MWVLW

Impressum

Herausgeber:	Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Rainer Brüderle
Schriftleitung:	Ministerialrat Prof. A. Lorig (verantwortlich) und Oberamtsrat H. Jens, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Ernst - Ludwig - Straße 2, 55116 Mainz
Gestaltung, Reproduktion und Vertrieb:	Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland - Pfalz, Diether - von - Isenburgstraße 9-11, 55116 Mainz
Druck und Buchbindearbeiten:	Walter Wirtz, Speyer
Ständige Mitarbeiter:	Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz) Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier) Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rh. - Pf.) Vermessungsdirektor Greib (Kulturamt Prüm) Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier) Obervermessungsrat Pick (Kulturamt Bernkastel - Kues) Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerbürg) Obervermessungsrat Kohlhaas (Kulturamt Mayen) Vermessungsdirektor Hausmann (Kulturamt Worms) Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt) Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern) Vermessungsdirektor K. Wagner (Kulturamt Simmern) Techn. Angestellte Kaufmann (LUREST)
Abgabe:	1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung 2. An Teilnehnergemeinschaften (VTG) 3. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb 4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen Ersatz der Auslagen
Gekennzeichnete Artikel:	Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
Abdruck:	Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt